

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944a.  
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petitzeile 40 Pfg.  
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Montag  
Abend 6 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementbestellungen  
u. s. f. an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

### Politische Gewerkschaften.

Die „freien“ Gewerkschaften gelten in der Öffentlichkeit als sozialdemokratische Parteiorganisationen, eine Anschauung, die den Tatsachen vollständig entspricht; die auch von den Führern der „Freien“ zugegeben wird, und die nur noch aus tatsächlichen Gründen je nach örtlichen und zeitlichen Verhältnissen bestritten wird. Gegenüber den christlichen Gewerkschaften sucht man nun den Spieß umzudrehen, und auch diese als parteipolitische Organisationen, als „Zentrums-gewerkschaften“ zu stempeln.

Warum aber sind die freien Gewerkschaften parteipolitische Organisationen, und warum sind dies die christlichen Gewerkschaften nicht? Schon die Motive, welche zur Gründung der freien und der christlichen Gewerkschaften führten, können als Beweismaterial gelten. Durch Gründung der „freien“ Gewerkschaften sollte der nicht mehr zugräftige, von Lassalle gegründete allgemeine deutsche Arbeiterverein neu belebt und gekräftigt werden, wohlgerne, es handelte sich um Belebung und Kräftigung einer sozialdemokratischen Parteiorganisation. Die christlichen Gewerkschaften sind aber gegründet worden zu dem ganz bestimmten Zwecke, durch eine neutrale Organisation auch den christlichen Arbeitern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß zu ermöglichen.

Aus der Geschichte der freien Gewerkschaften sei hier ein Beispiel des 4. Kongresses der freien Gewerkschaften zu Stuttgart vom Jahre 1902 angeführt. Nach diesem Beschluß wurde der Sitz der General-Kommission von Hamburg nach Berlin verlegt u. a. mit folgender Begründung: „Es sei wünschenswert, daß die oberste Leitung der Gewerkschaften Deutschlands mit der Leitung der politischen Partei in engere Fühlung als bisher komme.“

Da die christlichen Gewerkschaften neutral sind, kennt man dieses Bedürfnis der „engeren Fühlung“ mit der Leitung einer bestimmten Partei nicht. Dieselben gehen ihren geraden Weg und werden von keiner Partei gehindert und beeinflusst und brauchen auch auf keine Partei Rücksicht zu nehmen. Wohl aber müssen die freien Gewerkschaften auf mancherlei Streitfragen der sozialdemokratischen Partei Rücksicht nehmen. Nur so ist es möglich, daß die Frage des Generalstreiks und der Matzeier, rein sozialdemokratische Partei-Angelegenheiten, zu einem Schmerzenskind der freien Gewerkschaften werden konnten.

Den christlichen Gewerkschaften glaubt man oftmals einen Strich drehen zu können, weil irgend eine im Parteileben führende Person oder gar ein Geistlicher für die christlichen Gewerkschaften Propaganda machte.

Die christlichen Gewerkschaftler verdienen Prügel, wenn sie irgend welche angebotene Hilfe zurückweisen würden. Wir wären auch die letzten, die den freien Gewerkschaften irgend einen Vorwurf machten, wenn sie die Unterstützung durch parteipolitische Größen dankbar akzeptieren würden. Mag selbst der Dvergewisse Bebel das ganze Schwergewicht seiner Autorität für die freien Gewerkschaften in die Waagschale werfen, deshalb konstruieren wir aus den freien Gewerkschaften keine parteipolitischen Gebilde. Nicht die Unterstützung die eine Organisation von außen her empfängt ist für unsere Überzeugung maßgebend, sondern umgekehrt, die Unterstützung, welche die Gewerkschaftsrichtung als Organisation irgend einer Partei-richtung angedeihen läßt. In dieser Beziehung haben die freien Gewerkschaften zugunsten der sozialdemokratischen Partei ihr Menschenmögliches getan. Die Mittel, mit welchen die freien Gewerkschaften zugunsten der sozialdemokratischen Partei gearbeitet haben, sind so bekannt, daß es sich erübrigt Weiteres hinzuzufügen.

Was die richtig zielbewußten freien Gewerkschaftler sind, so haben diese auch die Überzeugung, daß die gewerkschaftliche Organisation in der Hauptsache der Partei wegen da ist. Man behenke, mit welchem Fanatismus die freien

Gewerkschaftler gegen Andersdenkende und Andersorganisierte vorgehen, jener Fanatismus, wie er in dem verwerflichsten brutalsten Terrorismus zum Ausdruck kommt. Sollen alle diese Fälle als Uebertreibungen zu entschuldigen sein? Nein, sonst würde man nicht mit dieser Rücksichtslosigkeit vorgehen gegen christlich organisierte Arbeiter, wie es tatsächlich der Fall ist. Gerade diese Rücksichtslosigkeit läßt darauf schließen, daß es nicht gewerkschaftliche Gründe sind, welche diese Fanatiker zu ihrem Vorgehen veranlassen. Dieselben wissen ganz gut, daß ihre Propaganda für die freien Gewerkschaften am letzten Ende der sozialdemokratischen Partei zugute kommt.

Sie wollen kämpfen, aber nicht als Gewerkschaftler für ihre gewerkschaftliche Organisation, nein, sie wollen kämpfen als Sozialdemokraten für ihre Weltanschauung. Wenn wir dieses bedenken, dann ist der Terrorismus der „Freien“ erklärlich, denn die sozialdemokratischen Ideen haben unlegbar einen fanatisierenden Einfluß. „Nur dann kann man den fanatisierenden Einfluß der sozialdemokratischen Ideen verstehen, wenn man sie betrachtet als Ersatz für die verloren gegangene Jenseitsreligion. Die Sozialdemokratie ist quasi eine Diesseitsreligion.“ „Uns“ hieß es in einem Weihnachtsartikel des Vorwärts, „hat der Erlöser-Sozialismus den starken Hammer des Klassenkampfes und der Erkenntnis in die Hände gedrückt, und uns zugerufen: erlöset euch selbst. Die Selbsterlösung der Menschheit durch den Kampf des Klassenbewußten Proletariats, die Erlösung der Masse nicht durch einen wunderthätigen Erlöser, sondern durch die Masse selbst, das ist der erlösende Gedanke, des Sozialismus, das unser Erlösungsevangelium.“ (Adolf Weber, die neuzeitliche Arbeiterbewegung.)

Wir sehen also daß Nietzsche Recht hat, wenn er sagt: „Die unzufriedensten Massen müssen etwas haben, an das sie ihr Herz hängen. Die Sozialdemokratie ist kirchenfeindlich, weil sie materialistisch gesinnt ist. Aber das fühlt man auch innerhalb der Sozialdemokratie, daß das Leben zum Ziel wird, wenn man keine Ideale hat. Man sucht nach neuen Idealen und glaubt solche gefunden zu haben in der Sozialdemokratie, weil diese verspricht einen Himmel auf Erden zu schaffen. Daß dieser „Himmel auf Erden“ aber eine ökonomische Utopie ist, daran stoßen sich die natürlidlich gläubigen sozialdemokratischen Arbeiter nicht.“

Der agitatorische Eifer des sozialdemokratischen Gewerkschaftlers wird uns aus dem Gesagten aber verständlich, er will als „Apostel“ sein Evangelium verbreiten helfen. Daß er vor dem Gewaltmittel des Terrorismus nicht zurückschreckt, auch das ist erklärlich, aber dennoch nicht minder verwerflich. Möglichst rasch soll seine Partei sich entwickeln, möglichst bald soll die Partei jene Macht in Händen haben, den „Himmel auf Erden“ zu verwirklichen. Jede Verzögerung in dieser Entwicklung ist für einen Sozialdemokraten ein unerträglich Verlust, denn der Glückseligkeitstrieb steckt in jedem Menschen, auch der Sozialdemokrat macht keine Ausnahme davon. In diesem Glückseligkeitstrieb steht der Sozialdemokrat seine ganze Hoffnung auf das gepriesene Diesseits-Ideal, mer in diesem Vorwärtsmarsch im Wege steht, den sucht man nieder zu rennen.

Die freien Gewerkschaften dienen also zum Kampfe für die sozialdemokratische Weltanschauung. Die einzige Bewegung, welche jener Bewegung an sirtlicher Kraft überlegen ist, das ist die christliche Arbeiterbewegung. Diese sirtliche Kraft ist enthalten in den reinigsten überirdischen Idealen der christlichen Arbeiterchaft. Solche überirdische Ideale hat die christliche Arbeiterchaft notwendig, denn gerade zu übermenschlichen Anstrengungen und Opfer werden von den christlichen Arbeitern verlangt, der Geist des praktischen Christentums ist es, den diese Arbeiter bekunden wollen, indem sie arbeiten an der dauernden Hebung der Lage des bedrückten Volkes. Ihre religiös-sirtliche Gesinnung wollen sie bekennen draußen im Kampfbewegten Alltagsleben.

Darf man Loffen, endlich auch diejenigen in den Reihen dieser Kämpferschar zu sehen, welche von sich behaupten, überzeugungstreue christliche Männer zu sein, der christlichen Gewerkschaftsbewegung aber noch fern stehen? Wer an seiner christlichen Überzeugung keinen schmählischen Verrat üben will, der hat die Pflicht, auch seinerseits zur Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch seine Mitgliedschaft beizutragen. J. G.

### Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik und die Berliner Fachabteilungen.

Der verunglückte Bergarbeiterstreik auf den sischlesischen Gruben in Oberschlesien hat für die Arbeiter bittere Folgen. Die Werkverwaltungen rächen sich an den Besiegten durch schwarze Listen. Die von der königlichen Berginspektion Königshütte entlassenen Arbeiter finden im Industriebezirk keine Beschäftigung. Wie das gemacht wird, ist bekannt. Eine förmliche Verurteilung würde die Unternehmer ja straffällig machen. Darum verfährt man sich auf andere Weise. — Das Telephon ist z. B. dazu ein sehr geeigneter Apparat. Aber auch schwarze Listen können bei dem engen Kreis derjenigen, welche davon Kenntnis erhalten, verbreitet werden, ohne daß die Wächter des Gesetzes etwas davon zu merken brauchen.

Der „Verband der katholischen Arbeitervereine Sitz Berlin“, der sich in seinem Organ rühmt, der Streikbewegung „eine Wendung gegeben zu haben“, hat sich um die Zurücknahme der schwarzen Listen bemüht. Der Sekretär des Verbandes Musiol wandte an den Berg- und Hüttenmännischen Verein — ein Verein ähnlich dem sog. „Bergbaulichen Verein“ im Ruhrgebiet — folgende Eingabe, die eine Versammlung beschloffen hatte:

„Wie wir vernommen, hat der Berg- und Hüttenmännische Verein aus Anlaß des Ausstandes auf den sischlesischen Steintohlenbergwerken zu Königshütte sogenannte „schwarze Listen“ angelegt und den Hütten- und Grubenverwaltungen zugelaßt und vor Anlegung der darin bezeichneten Arbeiter gewarnt. Abgesehen davon, daß dergleichen Maßnahmen strafbar sind, empfehlen wir die Aufhebung der Sperre, um die Familienangehörigen der darin bezeichneten Bergarbeiter nicht in das größte Elend zu stürzen. Hat doch der Herr Bergrat Hilger schon des öfteren über Arbeitermangel in Oberschlesien geklagt, welcher durch ausländische Arbeiter beseitigt werden soll. Sollen nun jetzt circa 500 Arbeiter auf den ober-schlesischen Berg- und Hüttenwerken mit Hilfe der schwarzen Liste keine Beschäftigung erhalten, so ist diese Maßnahme geeignet, den Arbeitermangel noch zu steigern, indem die Vergleute von den Sozialdemokraten nach dem Besten überwiegen werden könnten, was nicht nur zum Schaden der Familienangehörigen der Vergleute selbst, wohl aber der hiesigen Industrie zum größten Schaden gereichen dürfte.“

Der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein hat darauf folgendes Antwortschreiben ergehen lassen:

„Kattowitz, den 24. August 1907. An Herrn Arbeitersekretär Musiol zu Königshütte. Auf das gest. Schreiben vom 19. d. M. erwidern wir ergeben, daß unseres Wissens die ober-schlesischen Werkverwaltungen stets den Standpunkt vertreten haben, in Angelegenheiten der Arbeiter entweder nur mit den Arbeitern selbst oder mit den zur Vertretung der Interessen der Arbeiter nach Paragraph 80f des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 und 19. Juni 1906 geschaffenen Arbeiterauschüssen zu verhandeln. Aus diesem Grunde ist auch der ober-schlesische Berg- und Hüttenmännische Verein nicht in der Lage, näher auf Ihre Ausführungen einzugehen.“

Hochachtungsvoll der Vorstand.  
F. A. Knochenhauer.“

Genau wie im Ankrevier! „Wir herhandeln nicht!“ Das verhängnisvolle Wort des bergbaulichen Vereins gab damals den Anstoß zu dem Riesenstreik der Bergleute, mit dem ganz Deutschland, soweit es nicht dem Scharfmachtentum angehörte, sympathisierte trotz des „Kontraktbruches“. Saniel hat aber der

Streik genügt. Er setzte die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung und brachte eine, wenn auch immerhin etwas dürftige Reform des Bergarbeiterschutzes zu Stande. Und zum zweitenmal werden auch die Werksbesitzer durch einfaches „Wir verhandeln nicht“ es zu einer solchen Katastrophe nicht mehr kommen lassen. Im Ruhrgebiet aber waren starke Bergarbeiterorganisationen vorhanden, die während des Kampfes die Sache der Arbeiter führten und verteidigten, die beide aus diesem Kampf gestärkt hervorgingen.

Die Oberschlesischen Bergleute sind recht schwach organisiert; ein Teil gehört den Fachabteilungen an, ein anderer Teil den polnischen Verbänden und schließlich ein Teil dem sozialdemokratischen Verbände. Alle Organisationen haben vom Streik abgeraten, selbstverständlich auch die Berliner. Aber das nutzte nichts. Der Stein, der ins Rollen kam, riß auch die Fachabteilungen mit, so sehr die Leitung bremste. Die Berliner haben sich dann eifrig bemüht, die Arbeiter wieder in die Gruben zu bringen, natürlich bedingungslos. Sie hatten nun erwartet, daß die Werksbesitzer billiger Weise ihren Bitten um Beseitigung der schwarzen Listen Gehör schenken würden. Sie haben sich darin bitter getäuscht. Diesen Leuten imponiert überhaupt kein Bitten und Flehen, sondern nur die Macht der Tatsache.

Aber darüber sind die Berliner nun einmal nicht zu belehren. Um einen ähnlichen Streik zu verhüten, empfiehlt der „Arbeiter“, das Organ der Berliner, in Nr. 39 nicht etwa ein „forschendes Eintreten für die Forderungen und sonst berechtigten Wünsche der Arbeiter“ — das ist ihm zu gefährlich das könnte den „Streikorganisationen“ zugute kommen. Das ist ein Armutszugnis schlimmster Art. Aber damit ist es nicht genug. Als erste Pflicht empfiehlt der „Arbeiter“:

„Daß die Mitglieder vorerst belehrt werden über den Weg, der einzuschlagen ist, um zum Ziel zu kommen. Vor allem ist notwendig, daß die katholischen Arbeiter sich ernstlich daran gewöhnen,

ihre Arbeit und ihr Arbeiterverhältnis in wahrhaft christlichem Sinne anzufassen.“

Von dieser Grundlage aus wird es ihnen leicht sein, das Wahre vom Falschen zu unterscheiden, und sie werden widerstandsfähig gegenüber den „Streikorganisationen.“

Jeder hätte nach dem Vorgefallenen erwartet, daß nunmehr die Berliner, wenigstens nach ihrer Weise, den Unternehmern den Text gelesen hätten über ihr unchristliches Verhalten. Es hätten sich treffliche und heilige Worte dafür finden lassen. Anstatt dessen aber wird den Arbeitern, diesen armen Teufeln, die da glauben, ein Recht auf bessere Entlohnung und Behandlung zu haben, eine Moralpredigt gehalten.

Den Gegnern der christlichen Weltanschauung kann wirklich kein besserer Agitationsstoff zur Verheugung der Massen geboten werden. Diese Sklavenmoral hat aber mit dem Christentum nichts mehr gemein. Es ist ein Mißbrauch des Heiligsten, was der Mensch hat, seine Religion, um ihm eine Gestinnung anzuzuziehen, die zur Korruption der ganzen Gesellschaft führen muß. Nein, der Christ braucht nicht hündisch zu knien und zu flehen um die Gnade der Mächtigen und Reichen, er kann und muß seine Rechte fordern, und wo ihm der brutale Hochmut des modernen Kapitalismus sein Recht verweigert, da darf und muß er um diese Rechte kämpfen mit allen gesetzlichen und rechtlichen Mitteln.

In Zusammenhang mit dem Streik auf Königshütte wird wohl die Präsidial-Konferenz des Bundes

kath. Arbeitervereine, Sitz Berlin, zu bringen sein, die am 9. September in Deuthen tagte. Wer nun glaubte, daß die dort gefaßten Beschlüsse als Folgen des Streiks sich endlich gegen den feudalen Herrschaftspunkt der schlesischen Berg- und Hütten-gewaltigen richten würde, der befindet sich auf dem Holzweg. Zur Gegend die armen Arbeiter, die von dieser Konferenz dem Unternehmertum noch mehr ausgeliefert. Man sagte, wie die „Schlesischen Nachrichten“ in Nummer 211 berichten, Beschlüsse, die einen Verzicht auf jeweilige Forderungen darstellten. Wir lassen die betreffende Stelle des Berichtes wörtlich folgen:

„Der Verband katholischer Arbeitervereine, Sitz Berlin, berief eine Präsidial-Konferenz für den ober-schlesischen Industriebezirk ein, die am Montag in Deuthen tagte. Nach ernster Ermägung der sozialen Lage der ober-schlesischen Arbeiterbevölkerung legte der Generalsekretär den Arbeitersekretären dringend ans Herz, jedes Zusammengehen mit einer anderen Organisation mit Entschiedenheit abzulehnen. Der katholische Verband müsse sich von anderen Organisationen auch dadurch unterscheiden, daß er keinerlei Forderungen stelle, sondern die Wünsche und Beschwerden der Arbeiter in einer anderen Form zur Kenntnis der Verwaltungen bringe. Es soll dann aber auch kein Mittel unversucht gelassen werden, um den Arbeitern auf legalem Wege zu ihrem Recht zu verhelfen.

Arbeitersekretär Musiol erstattete Bericht über die letzte Streikbewegung in Königshütte und wurde dahin vorstellig, der Verband möge den durch den Zustand unverschuldet in Mitleidenschaft gezogenen Familien der im katholischen Verbände organisierten Bergleute eine Unterstützung gewähren, durch die der Lohnausfall wenigstens zum Teil ausgeglichen würde. Obgleich der Verband den Streik grundsätzlich bekämpft, so beschloß das Zentralkomitee mit Rücksicht auf die dringenden Vorstellungen des Sekretärs Musiol, in diesem einen Falle Unterstützungen zu zahlen, die aber keinesfalls als Streikunterstützungen anzusehen sind.“

Die „Berliner Arbeiterfreunde“ wollen also „jedem Zusammengehen mit einer anderen Organisation mit Entschiedenheit ablehnen;“ das verbietet festgehalten zu werden. Die Berliner erklären somit offen, sich bei Kämpfen anderer Organisationen nicht zu beteiligen, den um ihr Recht kämpfenden Arbeitern in den Mäden zu fallen und durch Streikbruch die Bewegung illusorisch zu machen.

Die kath. Fachabteilungen wollen sich von anderen Verbänden auch dadurch unterscheiden, daß sie „keinerlei Forderungen“ stellen wollen. Sie wollen sich also aus Bitten und Betteln verlegen und wenn dem kein Gehör geschenkt wird, die Arbeiter in der Knechtschaft erhalten. Sehr bezeichnend ist es für die Taktik der Berliner — und die schlesische Arbeiterchaft soll es sich merken, daß es erst der „dringenden Vorstellungen“ des Sekretärs Musiol bedurft, den unverschuldet in Not geratenen Bergarbeiterfamilien eine Unterstützung seitens der Fachabteilungen zuzugestehen.

Die gefaßten Beschlüsse befunden das, was wir schon wiederholt festgestellt haben, daß die kath. Fachabteilungen niemals auf den Charakter einer Gewerkschaft oder als Ersatz einer solchen Anspruch erheben können. Denkende Arbeiter werden das immer mehr einsehen. Auch die dortige Arbeiterchaft wird sich auf die Dauer nicht mit leeren Worten abspenien lassen sondern will Taten sehen.

Mögen sich die ober-schlesischen katholischen Arbeiter von den „Berliner“ Herren nicht mehr länger am Narrenseil herumführen und ihre Interessen dem schamlosen Großkapital ausliefern lassen, sondern sich zahlreich den christlichen Gewerkschaften an-

schließen, wo sie nicht mit der Theorie erparat, sondern wo ihre Interessen praktisch und erfolgreich gefördert werden.

### Christliche Weltanschauung und Gewerkschaftsbewegung. \*)

Der Blick auf die Lehre und das Leben der christlichen Kirche ergibt wichtige gewerkschaftliche Gesichtspunkte. Es sei hier gleich eingangs ausdrücklich bemerkt, daß wir hier von Kirche im Sinn des apostolischen Glaubensbekenntnisses reden: von der einen, heiligen christlichen Kirche, nicht von den geschichtlich gewordenen Einzelkirchen. Nicht als ein Unterscheidungswort gegenüber dem Worte „sozialdemokratisch“ ist das Wort „christlich“ gewählt. Dazu ist der Name Christi denn doch zu gut; sondern zur Bezeichnung der innersten Triebkraft.

In jedem Menschen steckt eine unsterbliche Seele und damit ein ewiger Wert. Darum ist Leben und Arbeitskraft, wie wir betonten, nie eine Ware, die nach dem Marktwert behandelt werden könnte. Es ist unverständlich, wie die Sozialdemokratie mit glühendem Eifer den Menschen als rein natürliches Lebewesen behandeln und sich darüber ereifern kann, wenn er als Tier und nicht menschenwürdig behandelt wird. Nur weil ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Mensch und Tier besteht, kann der Arbeiter es mit jütlichem Recht verlangen, menschenwürdig von dem, der die Macht hat, behandelt zu werden.

Man kann sehr wohl ein Kulturideal haben, das mit Nichts die Masse nur als die „viel zu vielen“, als den Kulturbünger erachtet und den Sinn des Lebens allein in den großen Männern sucht. Nur eine christliche Auffassung gesteht dem armen Kohlen-trimmer das Recht zu, wenn seine Lage unerträglich wird, durch seine Arbeitseinstellung das stolze Schiff an der Abfahrt zu hindern. Weil das Menschenleben als die einzige Vorbereitung auf die Ewigkeit selbst selbst unendlichen Wert hat, soll es nach Leib, Seele und Geist pfeifam behandelt werden.

Die Menschheit ist von Sünde durchwaltet. Keine wirtschaftliche Maßregel darf dies außer Betracht lassen. Gabe es keine Sünde, so wäre es ziemlich gleich, ob eine rein individualistische oder eine rein kommunistische Wirtschaftsordnung, ob Staatsallmacht oder Anarchismus gelte: Die Sünde ist die zweite Großmacht unseres gesamten Lebens, auch des gewerblichen. Und jeder Versuch, eine Weltordnung anzuklügeln, sei es Freihandel, sei es Bergesellschaftung der Produktionsmittel, durch die alles Glend aus der Welt geschafft werde, läßt die gewaltige Tatsache der Sünde außer Berechnung und scheitert daran. Wir können nie jenes goldene Zeitalter „allseitiger harmonischer Verbollkommnung“ erreichen, das die Alten hinter sich und die Sozialdemokraten laut ihrem Erörterungsprogramm vor sich sehen. So lange die Erde steht, wird auch in den Menschen-seelen Frost und Hitze nicht aufhören. Die gewerkschaftliche Arbeit wird nie auf Erden ihr Ziel erreichen, muß aber unablässig ihm nachstreben.

\*) Diesen Artikel entnehmen wir als Probeabschnitt aus der Schrift: „Eine eigene sozialpolitische Theorie für die christlich-nationale Arbeiterbewegung.“ Vorträge von Herrn Sig. Mumm und Redakteur Rafflenbeul. Das Werkchen erscheint in der Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalt Berlin, 97 Seiten, Preis 50 Pfg. Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

### Der amerikanische Stahltruff und wie er entstand.

Von Ernst v. Hesse-Wartegg.

Vor kurzem erhielt ich den letzten Jahresbericht der United States Steel Corporation, bei uns kurzweg „Stahltruff“ genannt. Ein ganzes Buch mit 64 Abbildungen von Hochofen und Stahlwerken und ungläublichen Ziffern, Ziffern, welche eine moderne amerikanische Scheherazade anführen würde, sollte sie ihrem Herrn, nicht einem beturbanten Khabizen, sondern irgend einem propizigen Vaukeemilliardär Märchen erzählen. Der Bericht ist etwa wie das Gelbbuch einer europäischen Großmacht. Die Revenüen des Stahltruffs im Jahre 1906 beliefen sich auf 560 Millionen Dollar gleich zweitausenddreihundert Millionen Mark! Das ist genau so viel wie die Einnahme des Deutschen Reiches!

Der Stahltruff ist das größte industrielle Unternehmen der Erde und wird es wohl noch für lange Zeit bleiben, ein Unternehmen von Hochofen und Kohlenminen, Erzlagern und Eisen-, Stahl- und Walzwerken, Eisenbahnlinien und Dampferflotten und einer Armee von hundertfiebzigtausend Arbeitern, jowie wie ein paar europäische Armeekorps. In den Kassen der Gesellschaft liegen 200 Millionen Mark Bargeld, jowie wie in den größten Staatsbanken. Ihr gehören fünf große Eisenbahnliesen mit zusammen 700 Kilometer Länge, mit 500 Lokomotiven und nahe

an 30000 Waggons. Auf den amerikanischen Seen und Flüssen verfügt der Truff über eine Flotte von über hundert Schiffen, darunter eine ganze Anzahl von Zehntausend-Tonnen-Dampfern, deren Einnahmen allein mit 40 Millionen Mark in dem Jahresbericht figurieren. Der Stahltruff besitzt in verschiedenen Staaten ganze Städte, große Häfen mit 16 Docks, 17000 Koksöfen, 60 Eisenminen mit Hunderten Millionen Tonnen Erz, 500 Quadratkilometer Land mit Erdgasquellen, 400 Quadratkilometer Land mit Kohlenruben und nahe an j e d z e h n h u n d e r t verschiedene industrielle Unternehmungen!

Die Arbeitslöhne erreichten im Jahre 1906 gegen 500 Millionen Mark, den Aktionären wurden 230 Millionen Mark Gewinn ausbezahlt. Für Abschreibungen und Verbesserungen technischer Anlagen stehen 200 Millionen in den Büchern. Der Totalgewinn des Unternehmens belief sich auf 530 Millionen Mark, und der Anteil des Hauptaktionärs, Andrew Carnegie, des amerikanischen Stahlkönigs, erreichte im letzten Jahre 80 Millionen Mark. Ohne einen Finger zu rühren bezieht er aus den Werken in jedem Monat einen Reingewinn von 6½ Millionen Mark! Der Wert des ganzen Unternehmens ist in den Büchern mit 1 545 511 234 Dollar und 65 Cent angegeben. Das sind in deutsches Geld umgerechnet ungefähr 6 250 Millionen Mark!

Und dabei besteht dieser Stahltruff erst seit sechs Jahren! Die Geschichte seiner Gründung ist noch nicht geschrieben worden. Es gibt noch kein Buch darüber, die Zeitungen berichteten wov! einzelne Phasen seines Lebens, aber um den Zusammenhang

zu finden, mußte ich mir die Daten bei den einzelnen Direktoren, Hauptaktionären und Stahlkönigen Americas ausbitten. Würden nicht die Jahresberichte schwarz auf weiß alle Einnahmen und Ausgaben haarklein kundgeben, hätte ich nicht die Mehrzahl der Werke in Pennsylvania und Illinois, die größten Minen am Superiorsee und die Häfen am Erie-see selbst besucht, die Eisenbahnen und Dampfer zu diesem Zwecke benutzt und die fabelhaften Paläste der Hauptmacker in Pittsburg und Newyork gesehen, ich wäre selbst geneigt an Märchen zu glauben, wie sie die kühnste Phantasie kaum erdenken kann. Die Stahlkönige der Neuen Welt waren noch vor einem vieriel Jahrhundert die letzten, die eine solche Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie in ihrem Lande für möglich gehalten hätten. Ihr erster und größter, der Doppelmilliardär Andrew Carnegie, sagte damals resigniert: „Wir können mit England nicht in den Wettbewerb treten, England macht Stahl um den halben Preis, den wir hier dafür zahlen.“ Heute produziert Amerika nahezu die Hälfte des ganzen Stahles der Erde, verkauft ans Ausland jährlich Stahlwaren im Werte von nahezu 400 Mill. Mark, und England ist kein bester Abnehmer. Dabei ist der Höhepunkt bei weitem noch gar nicht erreicht!

Der Hauptmacker des Stahltruff war ganz gegen seinen Willen Carnegie selbst. Ohne Carnegie gäbe es wahrscheinlich keinen Stahltruff, oder wäre er entstanden, dann hieß der Stahltruff Carnegie u. Co. Jetzt sieht Carnegie ganz außerhalb, ist ein gewöhnlicher Privatmann und sitzt in seinem Heimatlande Schottland Korollen. Au Stahltruff hat er nichts

# Aus dem mitteldeutschen Bezirk.

Gott waltet in der Geschichte. Darum ist alle Geschichtslosigkeit verderblich. Wohl kennt auch die Natur reinigend. Gemüter und Kartane. Für den Christen aber gilt die Unterordnung unter die Obrigkeit. Dabe kann er sehr starkes Reformverlangen haben und auf Reform drängen. Und die Gewerkschaft, die auf gesetzlichem Boden arbeitet, ist ihm nicht verschlossen, während er nie Revolutionär sein kann.

Das Christentum ist aber nicht ein Polster der Trägheit. Gott erhält die Welt, aber nicht die Sünde in der Welt; Christus waltet mit Seiner Kraft in uns. Er will uns verklären nicht nur in Seine Leiden, sondern auch in Seine Tatkraft. Darum erschließt christlicher Glaube nicht nur die Kräfte der Demut, sondern auch die Kräfte des Mutes, ist nicht nur das stärkste Quietiv (Kraft der Ruhe), sondern zugleich das stärkste Motiv (Bewegende Kraft). Zufriedenheit ist ein köstlich Wort. Aber träge Zufriedenheit mit faulen Zuständen ist sündig. Christus ist der Herr auch über das Wirtschaftsleben unserer Zeit. Nicht die Geistlichen sollen darüber herrschen, aber das Wirtschaftsleben hat in allen seinen Teilen außer der technischen auch eine sittliche Seite: und zu ihren Ordnungen finden wir im Christentum den allgenugsamen Maßstab. Für unser Leben soll das Christentum nicht nur dekorativ, sondern konstruktiv sein. Sonntagschristentum ohne Wochentagschristentum ist innerlich unwahr. Entweder ist Christus auf allen Gebieten der Herr, oder er ist es überhaupt nicht. Der Blick auf ihn gibt dem Gewerkschaftsführer eine Ruhe und einen Stahlgewinn zugleich, den keine moderne Theorie zu ersetzen vermag, und trägt ihn innerlich auch da, wo er den Namen seines Gottes nicht über die Lippen bringt, damit der gute Name nicht von erregten Gegnern gelästert werde. Im Glauben gewinnt der Gewerkschaftsführer die innere Freiheit gegenüber dem „Solltanna“ und gegenüber dem „Kreuzige“ der Menge, das alles beides ihm nicht erspart bleibt.

Christus hat sich für uns geopfert. Darum sollen wir nicht ein jeglicher auf den eigenen Weg sehen, sondern das Leben soll ein Ganzopfer sein: gerade die führenden christlichen Gewerkschaftler müssen eine Kraft in sich haben, daß sie sich selbst aufopfern können. Eine Gewerkschaft, in der nicht ein engster Kreis von aufopfernder Gesinnung erfüllt ist, hat ihre beste Kraft darangegeben. Wäre in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung nicht so viel unbewußtes Christentum, sie wäre nicht geworden, was sie heute ist.

Wir sind alle eines Leibes Glieder: darum stehen wir alle für einen Mann. Gewerkschaftsarbeit geht immer aus von dem einen: Alle für einen; einer für alle. Wer im höchsten Sinn auf Golgatha erfahren hat, was es heißt: Einer für alle, kann auch im irdischen Leben die Anwendung davon machen.

Dereinst wird jeder Verantwortung zu geben haben vor Gott. Alles Geld, alle Zeit gehört Gott; darum kann der Wahnhabende nicht machen mit seinem Geld, was ihm beliebt, vielleicht abzüglich eines gewissen Prozentsatzes für gute Zwecke. Gott will nicht nur wissen, wie du dein Geld ausgibst, sondern auch, wie du dein Geld erwirbst. Durch Wucher Reichtümer erwerben und dann eine Kirche bauen oder prunkende Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen schaffen, deckt nicht der Sünden Menge.

Am Ende der Geschichte steht Christus, der Richter und Erretter. Daran können wir uns halten in den schwersten Zeiten. Alles Unterliegen kann nur zeitweilig sein. Wollen sehen, ob die Sozialdemokraten bessere Hoffnung haben.

zu sagen. An der Spitze desselben steht heute Pierpont Morgan mit seiner Gruppe von Erzmillionären, und aus den vielen technisch-industriellen Unternehmungen vor sechs Jahren ist heute ein rein finanzielles geworden, mit dem Ziele, recht große Dividenden herauszuschlagen. Nicht die technischen Kontors von Pittsburg und Chicago, sondern die Bankinstitute der New Yorker Wallstreet sind die eigentlichen Leiter.

Noch vor sechs Jahren lagen die größten Eisen- und Stahlwerke Amerikas in den Händen von Carnegie und seinen vierzig blutjungen Kompagnons, die er sich gewissermaßen auf der Straße zusammengesucht hat. Die große Mehrzahl von ihnen hatte keinen Begriff von Eisenproduktion und Stahlfabrikation, sie waren als barfüßige Jungen in irgend welche Geschäfte eingetreten und fristeten sich ihr Dasein als Lehrlinge, Verkäufer in Grünzeug- oder Weißwarenläden, Arbeiter, Kutscher, Kontoristen. Aber Carnegie erkannte in diesen Winkelerfahrungen die klugen Köpfe, das amerikanische go-ahead, Arbeitslust, Pflichterfüllung, Entschlossenheit und das Streben reich zu werden. Das waren seine Leute. Er nahm sie in seine Kontors, seine Werke auf, und nach kurzer Zeit, einigen Jahren oder selbst nach sechs Monaten, waren sie Leiter seiner Arbeiterarmeen oder schlossen Millionengeschäfte ab oder wurden Direktoren einzelner Werke. Dann machte er sie zu seinen Geschäftsteilhabern, und heute, zehn bis fünfzehn Jahre später, sind sie alle mehrfache Millionäre, ja einer von ihnen, Charles Schwab, war der erste Leiter des Stahl-

Um Sonntag, den 25. August d. J. fand im Hotel Union in Mainz eine Bezirkskonferenz des Mitteldeutschen Bezirks statt. Vertreten waren alle Ortsgruppen durch 40 Delegierte. Von der Zentrale nahmen außer dem Verbandsvorstand Kollege W. L. H. auch der zweite Vorsitzende Kollege A. L. O. an den Verhandlungen teil. In dem Geschäftsbericht des Bezirksleiters Scherer-Offenbach, den wir unten folgen lassen, der eine rührige Tätigkeit der Bezirksleitung erkennen ließ, wurde neben dem Fortschritt des Verbandes vom hiesigen Bezirk während der Berichtszeit, auch die Schwierigkeit der Verhältnisse unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Momente hervorgehoben. Eine eingehende Aussprache, wobei namentlich Kollege W. L. H. wiederholt in die Debatte mit seinen reichen Erfahrungen eingriff, schloß sich dem Geschäftsbericht an.

Im Laufe der weiteren Tagung, die von 1/11 Uhr vormittags bis 7 1/2 Uhr abends dauerte, wurden mehrere wichtige Beschlüsse gefaßt, unter andern auch die Anstellung eines weiteren Beamten ab 1. Oktober d. J. für den Mannheimer Bezirk. Die Mittel hierfür wurden von den in Betracht kommenden Ortsgruppen in Garantie übernommen.

Aus dem vom Kollegen Scherer erstatteten Jahresbericht für die Zeit vom 1. April 1906 bis 1. Juli 1907 sei folgendes mitgeteilt:

Als wir zum letzten Male am 1. April 1906 zu einer Bezirkskonferenz zusammen waren, wurden in Bezug auf den inneren Ausbau wie auch auf die äußere Ausbreitung, unseres Bezirks wichtige Beschlüsse gefaßt. Unter anderem wurde auch damals der Bezirk, der bis dahin gewissermaßen noch aus zwei Bezirken bestand, zu einem vereinigt und damit dem Bezirksleiter alle Verantwortung allein übertragen. Wenn nun auch nicht alle Wünsche und Hoffnungen, die sich an die letzte Konferenz knüpften, in Erfüllung gegangen sind, so können wir aber dennoch mit großer Befriedigung auf das letzte Jahr zurückblicken. Trotz der überaus schwierigen Verhältnisse gerade in diesem Bezirk, der sich über fünf Bundesstaaten erstreckt und in welchen allein vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband 16 freigestellte Beamten (ohne das Heer der übrigen Agitatoren im jenem Lager) dem einen christlichen Beamten gegenüberstehen, haben wir uns nicht nur behauptet, sondern sind auch vorwärts gekommen.

Wie schwer es in diesem Bezirk ist, Boden für unsere Sache zu gewinnen, dürfte auch aus der politischen Konstellation dieses Bezirks hervorgehen. Von 13 Wahlkreisen zum Reichstag gingen bei den letzten Reichstagswahlen, die bekanntlich mit einer gewaltigen Niederlage für die Sozialdemokratie geendet haben, dennoch sieben sozialdemokratische Abgeordnete als Sieger hervor. Dieses Bild dürfte uns schon zeigen, unter welchem Druck und schwierigen Verhältnissen wir im Bezirk zu arbeiten haben. Da wir von den Genossen systematisch überall unterdrückt werden, so kann es auch erklärlich erscheinen, wenn wir nach außen hin nicht so gewachsen sind, wie es notwendig erscheint, um einen stärkeren Einfluß auf die Verhältnisse in den einzelnen Orten auszuüben.

Menschenfurcht auf der einen Seite und Terrorismus in höchster Potenz auf der anderen Seite, bilden hier noch Faktoren, die in der Zukunft noch beseitigt werden müssen, um die große Zahl derjenigen, die zu uns gehören, denen es aber heute lediglich noch an einem festen Rückgrat fehlt für unsere Sache zu gewinnen. Auch ist bei vielen noch nicht der Gedanke zum Durchbruch gekommen, daß nur eine Organisation mit hohen Beiträgen auch leistungsfähig ist. Darum schließen sie sich nicht ihren Ortsgruppenverbänden an, sondern dort, wo niedrige Beiträge zu zahlen sind, obwohl sie als Metallarbeiter zu gelten haben. Alle diese Momente legen der Bezirksleitung die Pflicht auf, bei der Agitation zunächst die Erhaltung des Bestehenden und Festigung sowie Ausdehnung der Ortsgruppen im Auge zu behalten.

Die Zahl der Ortsgruppen betrug am 1. April 1906 34; kurz vorher hatten wir Karlsruhe, Baden-Baden, Durlach, Pforzheim und Bruchsal an den süddeutschen Bezirk abgetreten. Eingegangen sind infolge Interesslosigkeit der führenden Personen am Orte oder auch aus Furcht vor den Fabrikanten, wie es in einem Orte der Fall war, 4 Ortsgruppen und zwar: Groß-Ruheim, Gießen,

Obrighelm und Worms. Die beiden letzten schon zum zweitenmale; doch sind Anzeichen dafür vorhanden, daß in nicht zu ferner Zeit von diesen 4 Ortsgruppen 2 wieder erstehen werden.

Um die Zentralisation mehr durchzuführen, und den Mitgliedern einen stärkeren Reichtum in einzelnen Orten zu bieten, wurden dort, wo die Verhältnisse es ermöglichten, verschiedene Ortsgruppen zu einer Verwaltungseinheit vereinigt. So kam Bodenheim zu Frankfurt, Mombach zu Mainz und Neckarau und Ebingen zu Mannheim. Für die Zukunft dürfte dies in weiteren Ortsgruppen auch notwendig sein. Abgetrennt vom Bezirk wurde Kassel, das dem Völkischer Bezirk zugeteilt wurde. Neu gegründet wurden in der Zeit 9 Ortsgruppen, sodaß wir am 1. Juli mit 33 Ortsgruppen zu rechnen hatten.

Die Mitgliederzahlen im Bezirk unterlagen einem fortwährenden Wechsel, wozu einerseits der sozialdemokratische Terrorismus in den Werkstätten, andererseits auch die Wanderlust vieler Kollegen beitrug. Es darf auch hier nicht verschwiegen werden, daß in einzelnen Ortsgruppen persönliche Reibereien und auch Strebertum nicht ohne Wirkung auf die Mitgliederzahlen geblieben sind. Die Zahlen selbst ergeben folgendes Bild: Am 1. April 1906 waren es 1151, am 1. Juli 1906 1364, am 1. Okt. 1906 1415, am 1. Januar 1907 1447, am 1. April 1907 1441 und am 1. Juli 1907 1541 Mitglieder. Wir sehen also ein langsames, aber stetes Wachsen, mit Ausnahme des 1. Quartals 1907, wo durch die Reichstagswahlen die Agitation sehr behindert wurde.

Entsprechend den Mitgliederzahlen sind auch die Gelder, die als Bezirksbeiträge der Bezirkskasse zufließen, Quartalsweise gestiegen. Im ganzen sind bis 1. Juli 1907 an Beiträgen von den Ortsgruppen zur Bezirkskasse eingegangen 2163,07 Mk.; demgegenüber eine Ausgabe für Agitation und Beihilfen, sowie die Kosten für Bürozwede von 1724,65 Mk. steht. Am 1. Juli dieses Jahres war vorhanden in Baar 438,42 Mk. Inzwischen hat sich dieser Betrag noch um die Eingänge vom 2. Quartal dieses Jahres, die bekanntlich erst bei der Abrechnung mit der Hauptkasse abgeführt werden, erhöht. Die Ausgaben setzen sich im einzelnen zusammen an Porto, Schreibmaterial, sowie Zeitungen, Drucksachen usw. 226,30 Mk.; Büroeinrichtung und Miete 257 Mk.; Agitation, Eisenbahnfahrtgeld und sonstige Ausgaben 1241,35 Mk.

Die Bürotätigkeit zeigt sich in folgendem: Es gingen ein in der Berichtszeit: 303 Briefe, 341 Postkarten, 30 Drucksachen (ohne die Zeitungen) 19 Telegramme, 14 Pakete. Außerdem war der Telefonverkehr nach auswärtig ein sehr reger. In derselben Zeit gingen aus: 365 Briefe, 553 Postkarten, 342 Drucksachen, 21 Telegramme und 14 Pakete.

Von manchen Ortsgruppen muß lobend erwähnt werden, daß dieselben die Bezirksleitung pünktlich bedienten, doch ist auch bei mehreren leider das Gegenteil der Fall; ja bei einzelnen hält es überhaupt sehr schwer, brieflich irgend eine Auskunft zu erhalten. Wie auch 2 Ortsgruppen dabei sind, die heute noch ihre Bezirksbeiträge nicht eingefand haben. Auch hierin muß in der Zukunft noch Wandel geschaffen werden.

In die Bürotätigkeit fallen weiter die verschiedenen Auskünfte, die in bezug auf Vorgänge im Arbeitsverhältnis oder auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung erteilt wurden. Registriert sind diese Fälle im einzelnen nicht, da bei wichtigeren Sachen die Auskunftsfindenden immer an das kath. Arbeitersekretariat in Offenbach verwiesen wurden. Auch kann hier bemerkt werden, daß wir jederzeit mit dem Sekretariat gute Beziehungen hatten, und daß wir durch gegenseitige Vertretungen, soweit dies die Spezialverhältnisse der einzelnen Einrichtungen zuließen, Hand in Hand gearbeitet haben.

Nach außen hin erstreckte sich unsere Tätigkeit hauptsächlich auf Abhaltung von Versammlungen. Nach dieser Richtung ist der Bezirksleiter in 307 Versammlungen und Sitzungen tätig gewesen. Im einzelnen setzt sich diese Zahl zusammen aus 61 öffentliche Versammlungen, 124 Mitgliederversammlungen, 35 Streikversammlungen, 21 Fabrik- oder Branchenversammlungen und 66 Sitzungen mit Vorständen und Vertrauensmännern. Dabei sind ebenfalls nicht alle Vorstandssitzungen der Offenbacher Ortsgruppe einbezogen, denen der Bezirksleiter, wenn er anwesend war, immer beiwohnte. Außerdem haben in dieser Zeit 4 Kollegen von Offenbach in 21 Versammlungen ausgeholfen. Auch

er selbst beseitigt werden. Das fühlte sogar der Krösus Amerikas, John D. Rockefeller, dessen Milliardenvermögen noch jenes Carnegies übertrifft. Rockefeller, nicht zufrieden damit, daß er die ganze Petroleumindustrie Amerikas mit ihren vielfachen Neben- und Hilfsindustrien in seinen allgewaltigen Händen hatte, besaß schon vor anderthalb Jahrzehnten gewichtige Interessen in verschiedenen Stahlwerken und Erzregionen des Westens. Er erkannte die großen Möglichkeiten der Stahlindustrie, und zusammen mit dem Finanzkönig Pierpont Morgan beschloß er, die verschiedenen Einzelbetriebe wenn möglich zu einem Trutz zu vereinigen. Dazu war es nötig, Carnegie auszukäufen. Aber Carnegie verlangte für seine Werke tausend Millionen Mark, eine so ungeheure Summe, daß selbst Rockefeller davor zurückschreckte. So beschloß denn dieser Oligopol der amerikanischen Industrie Carnegie gegenüber die in neuester Zeit auch in anderen Sachen gerne befolgte Einkreisungspolitik. Carnegie sollte isoliert, geschlagen, ausgehungert werden, und im Verein mit Morgan und anderen Mächtigen begann Rockefeller seine Schlingen zu legen. Doch so kannten die Macht Carnegies noch nicht. Der kleine Schotte wehrte sich wie ein Löwe, und statt geschlagen zu werden, schlug er selbst mit aller Wucht darauf los. Als die größte Koksgesellschaft Amerikas unter der Leitung seines alten Feindes Frick ihre Preise erhöhte, drohte er, hundert Quadratkilometer Kohlenland zu kaufen und seinen Koksbedarf selbst zu erzeugen.

truffs und besitzt selbst ein Vermögen von 100 Mill. Mark! Diese Verwendung blutjunger ungebildeter Leute seitens Carnegies mußte umsomehr Verwunderung erwecken, als er gerade vor der Wissenschaft kolossalen Respekt zu haben scheint. Er stiftete Hunderte von Millionen für Schulen und Bibliotheken, und seine Lieblingsbeschäftigung ist neben dem Fischen die Lektüre guter Bücher. Auf seine eigenen Schriften Der Triumph der Demokratie u. a. ist er störrisch, als auf seine einzig dastehenden Erfolge im Geld- und Industriewesen. Wie er aber selbst sagte, brauchte er für das letztere keine Professorenlehre und keine Wissenschaft. Er brauchte vor allem Energie und Arbeit. Wurde in der Stahltechnik irgendeine Erfindung gemacht, so kam man ja damit doch zu ihm, und es lag in seiner Hand, sie zu erwerben oder auszuschlagen, je nach dem Urteil seiner eigenen Fachleute. Er selbst war es nicht. Er war auch nicht der erste Stahlproduzent Amerikas, wie es zuweilen behauptet wird. Anderthalb Jahrzehnte vor ihm gab es bereits Stahlmillionäre in Amerika. Was er aber allein tat, war, der Stahlproduktion ihren titanenhaften Aufschwung zu geben, sie zu vereinfachen, zu verbilligen und zum großen Teil in seinen Händen zu vereinen. Schon in den neunziger Jahren war diese Produktion zu so enormer Höhe emporgestiegen, und er konnte Stahl zu so billigen Preisen liefern, daß die große Zahl kleinerer Stahlwerke für ihren gesicherten Fortbestand zu fürchten begannen. Sollte er sie nicht alle verschlingen oder beseitigen, so mußte

Als die großen Stahlraasoren, Stadthäuser und

Einige Kollegen von Mannheim, sowie Ludwigshafen, Sandau, Kaiserslautern usw. waren in der Agitation nach außen nicht tätig.

Trotz wiederholter Aufforderung, daß alles, was auf Kosten des Bezirks geschehen soll, nur durch den Bezirksleiter eine Regelung erfahren muß, ist in dieser Beziehung ein Wandel nicht eingetreten. Es wurden wohl Quittungen eingeholt, woraus aber in den allerwenigsten Fällen zu ersehen war, wann und wo die Versammlungen gehalten wurden. Mithin war eine Kontrolle unmöglich und können wir darüber auch nicht berichten. Im eigenen Interesse der Ortsgruppen dürfte es liegen, daß in Zukunft hier mehr Klarheit und Pünktlichkeit eintritt.

In einigen Ortsgruppen mußte der Bezirksleiter eingreifen, um persönliche Streitigkeiten zu schlichten, so in Frankfurt, Oggersheim, Ludwigshafen, Mannheim und Kaiserslautern. Besonders hartnäckige Streitereien und widerliche Stänkereien waren in Kaiserslautern und Mannheim zu verzeichnen. (Die daran schuldigen Kollegen verdienen den schärfsten Tadel für ihr Verhalten. Diese Vorgänge, die unserem Verband und damit auch dem Interesse der Arbeiter den schwersten Schaden zugefügt haben, sind geradezu beschämend und nur ein Zeichen von der mangelnden Solidarität und gewerkschaftlichen Reife der betreffenden Arbeiter. Eigensinn und Nechthaberei, oft verbunden mit Krakeelsucht und Streberei, sind gewerkschaftliche Fremdkörper und müssen aus den Arbeiterorganisationen ferngehalten werden, wenn nicht die Arbeit der einzelnen Gruppen gefährdet werden soll. Mügen sich das alle und auch die Streithähne im mitteldeutschen Bezirk merken und in Zukunft danach handeln. Redaktion).

Das wichtigste Kapitel im Bericht, dürfte jedenfalls über die stattgefundenen Bewegungen zu erstatten sein. Doch können im Rahmen dieses Berichts nur die wichtigsten Momente herausgegriffen werden. Es ist dies umso mehr der Fall, weil ja die einzelnen Bewegungen schon im Organ besprochen wurden. Wie schon oben angeführt, waren die Genossen überall darauf bedacht, uns systematisch auszuschießen und an die Wand zu brüden. Daß dies nicht überall gelungen ist, und wir erhebliche Verbesserungen für unsere Kollegen wie für die gesamten Arbeiter auf einigen Plätzen erreicht haben, dürfte aus nachstehendem hervorgehen.

Fangen wir an mit der Bewegung, die am 19. April 1906 in der Rhein. Gummi- und Cellulose-Fabrik Meckerau begann. Diese Bewegung ist in der unterantworlichsten Weise von Seiten der Genossen inszeniert worden. Bemerkenswert war, daß der Betrieb sich sehr gut rentiert, und daß es nötig und vielleicht auch möglich gewesen wäre, eine Lohnaufbesserung durchzuführen, umso mehr, weil dort nicht gerade hohe Löhne zu verzeichnen sind. Trotzdem, daß man gemeinsam mit beteiligten Organisationen einen Lohnantrag ausgearbeitet und auch eingereicht hatte, wurden von den Genossen Betriebsversammlungen gehalten und die Forderung in der gehässigen Weise angegriffen. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Süßkind und eine Frau Krupp, beide Leute, die nicht das geringste mit einer Gewerkschaft zu tun hatten, haben die Situation so gestaltet, daß die Arbeitermassen jedem vernünftigen Gedanken unzugänglich waren. In der entscheidenden Versammlung hatten die Genossenführer nicht die Kurage, den Arbeitern zu sagen, daß absolut kein Geld für eine Bewegung vorhanden sei. Vier Wochen kämpften die Arbeiter umsonst, und bei den allerniedrigsten Unterstufungen, die nach vielem Treiben und Wenden ausgezahlt wurden. Für uns war das wichtigste, daß der Betriebsdirektor am Tage des Beginns der Bewegung erklärte hatte, daß der Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, Schneider, seine (54) Metallarbeiter ihm angeboten habe, die Kantanten während des Streikes in der Fabrik die „Reparaturarbeit“ auszuführen. Unsere Kollegen standen fest im Kampfe, der allerdings verloren ging, was den Genossen allein zu verdanken ist.

In Heidelberg hatten wir 2 Bewegungen mitzumachen. Die erste verlief ohne Kampf, während die zweite zu einem Streik führte von 7 Tagen. Bei der ersten Bewegung war ein Tarif abgeschlossen worden, der die Genehmigung des Industriellen Verbandes wegen der Minimallohne nicht erhielt. Bei den Verhandlungen waren auch von uns zwei Kollegen zugegen, mußten aber auf Betreiben des Genossen Borhöfner, der sich dabei grober Unwahrheiten

in Bezug auf unsern Verband bediente, die er gar nicht beweisen konnte, in letzter Minute zurücktreten. Doch ist bereits dorten Vorjorge getroffen, daß derartige Gewaltakte nicht mehr vorkommen.

Was hier den Genossen möglich war in Bezug auf Ausschaltung, ist in Mainz unmöglich gewesen. Im Spätherbst reichten auch wir bei der dortigen Waggonfabrik Forderungen ein. Die Genossen wollten uns überrumpeln und auch bei den Verhandlungen wurde der Antrag gestellt, uns auszuschalten. Aber auf die Befehlung des Vorsitzenden und ganz besonders mit dem Hinweis, entweder verhandeln wir mit allen oder ohne Sie, (die Genossen) da gaben sich die Herren zufrieden und die Verhandlungen wurden gemeinsam geführt. Erreicht wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit und Regelung der Löhne. Ganz besonders ist aber als Fortschritt zu verzeichnen, daß am Nordüberhang alle Arbeiter ihrem Lohne entsprechend beteiligt sind. Vorher hatte der Kolonnenführer nur den Vorteil für seine Person.

In einem anderen Betrieb hatten sich unsere Kollegen als Vorreiter für andere Leute verhalten lassen. Ein Kollege von uns wurde auch gekündigt und entlassen. Ob eine direkte Maßregelung vorlag, konnte nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Der Bezirksleiter wurde vorstellig bei der Firma, brachte aber die Sache nicht weiter zu verfolgen, weil der Kollege auf Wiedereinstellung verzichtete.

In Frankfurt und Ludwigshafen waren Lohnforderungen gestellt und wurden durch Verhandlungen zwischen den Firmen und dem Arbeiterausschuß Abmachungen herbeigeführt. In Ludwigshafen wollte man von Seiten der Genossen den Arbeiterausschuß nicht anerkennen, weil auch die Christlichen dabei vertreten sind.

In Sinheim hatten wir 5-6 mal Verhandlungen zu führen, weil ein Nachkollege sich bei der Firma und einem Meister dadurch hervorzutun suchte, daß er die organisierten Arbeiter und den Verband in ein schlechtes Licht stellte. Die Firma wollte zuerst ausweichen und verlangte gerichtlichen Beweis. Derselbe wurde voll und ganz erbracht, indem dieser Nachkollege vor Gericht alles zugab, und auch die Kosten übernahm. Dennoch zögerte die Firma, hier Ordnung zu schaffen und erst nach Anwendung der äußersten Mittel, indem alle organisierten Arbeiter die Kündigung einreichten, verstand sich die Firma dazu, und schaffte im Betriebe Ruhe. Der „ehrentreue“ Meister hatte vorher auf Umwegen Sinheim verlassen. Weil er das Abschiednehmen vergessen, rißte demselben ein Hauptleidtragender sofort nach und hatte das Glück, auf der nächsten Station denselben zu treffen. Nachdem er den „ehrentreuen“ um einige Verjahren erleichtert hatte, ließ man ihn ziehen. Die Firma war aber doppelt überhäuft, jetzt sah sie es ein, mit wem sie es zu tun hatte.

Eine weitere Eingabe, betrefis einer Teuerungszulage für alle Arbeiter führte zum Kampfe. Es wurde acht Wochen gestreikt, bis sich die Firma herbeiliess und den meisten Arbeitern diese Zulage gab. Der Kampf wurde erschwert dadurch, daß die Indifferenten (etwa ein Drittel der Arbeiter) stehen blieben, auch die in sozialdemokratischen Organisationen befindlichen Arbeiter. Als Folge dieses Streiks ist inzwischen eine bessere Behandlung, wie auch weitere Lohnerhöhungen zu konstatieren.

Einen schweren Kampf hatten wir in Kaiserslautern gemeinsam mit freien und kirchlich-Dunkeln gegenüber dem dortigen Eisenwerk zu bestehen. Die Löhne sind dort noch sehr schlecht zu nennen und besteht heute noch die monatliche Anzahlung. Trotz aller Versuche, durch persönliche Verhandlungen einen Ausgleich herbeizuführen, war dies nicht möglich. Nach erfolglosem Streik kam eine Abmachung durch die Vermittlung des dortigen Gewerbegerichtsvorsitzenden zustande, wonach die Direktion sich verpflichtete, nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Lohnerhöhung zu gewähren und baldigst die 14tägige Lohnzahlung einzuführen. Da letzteres bis heute noch nicht geschehen, wurde vor kurzem wieder eine aus allen beteiligten Verbänden gewählte Kommission vorstellig, und ist von der Direktion dieser die Zusage gegeben worden, daß in längstens 2-3 Monaten der vierzehntägige Zahlung eingeführt würde.

Eine zweite Bewegung auf dem Werke Gebr. Kaiser wurde von uns nicht unterstützt, weil man von sozialdemokratischer Seite ohne irgend jemand etwas zu sagen, allein vorgegangen war, und wir uns als Nachläufer nicht hergeben. Es kam aber auch dort eine übergroße Zahl Ju-

diffidenten in Betracht, denn bei 600 Arbeiter blieben ca. 400 stehen, sodaß es von vornherein ausgeschlossen war, die Bewegung zugunsten der Arbeiter durchzuführen, wie es auch tatsächlich eingetroffen ist. Einige unserer Kollegen dort hatten durch die verkehrte und verwerfliche Stellung unseres früheren Vorsitzenden einen momentanen Schaden erlitten, doch ist diese Sache wieder behoben worden. Der frühere Vorsitzende mußte bei uns abziehen, und schwärmt jetzt, wie man sagt, für kath. Fachabteilungen. Jetzt, wo in dieser Ortsgruppe wieder geregelte Verhältnisse Platz gegriffen haben, werden unsere Kollegen, dessen sind wir sicher, auch die Charta bald wieder ausgeübt haben.

Eine Reihe von Kämpfen hatten wir in Offenbach mitzumachen. Einige wurden gemeinsam geführt, aber auch bei anderen mußten wir, durch das Bestreben der Genossen, uns an die Wand zu brüden, selbständig vorgehen. Kleinere Bewegungen in einer Fassondreherei, sowie Kettenhaueret, und auf einer Maschinenfabrik, haben unsern beteiligten Kollegen eine Lohnaufbesserung bis zu 20 Proz. gebracht.

Die großen Kämpfe, die hier ausgetragen wurden, sind besonders lehrreich gewesen. Da ist zunächst die Formerbewegung zu nennen und die sogenannten Offenbacher Abmachungen waren überall fast als Grundlage genannt worden. Was damals erreicht wurde, läßt sich dahingehend zusammenfassen, wie ein sozialdemokratisch organisierter Vertrauensmann in der Schlußversammlung sagte: „Es ist eine Mißgeburt.“ Über selbst die Verbesserungen, die erzielt wurden, sind heute fast nicht mehr vorhanden, durch das Verhalten der Former selber untereinander. Das Nordweien, wie es hier vorherrscht, ist der Hemmschuh für jede Verbesserung in allgemeiner Beziehung.

Bei dem Gärtnler- und Metallwarenarbeiterstreik hatten die Genossen erreicht, daß unsere Vertreter bei den Verhandlungen ausblieben, konnten aber nicht verhindern, daß wir selbständig mit den Fabrikanten einen Tarif abgeschlossen haben. Als Haupterfolg kann hier die einheitliche Festlegung der neuneneinhalbstündigen Arbeitszeit genannt werden. Ferner eine kleine Lohnaufbesserung und Regelung der Arbeitsfälle. Doch wird über letzteres allgemein geklagt, daß dies nicht erfolgt ist. Heute sind schon Anzeichen genug vorhanden, daß im nächsten Jahre, wo diese Abmachungen abgelaufen sind, es zu neuen Kämpfen kommen kann und muß es Aufgabe unserer Kollegen sein, ein wachsameres offenes Auge zu haben, und durch fortgesetzte Stärkung unserer Organisation Sorge zu tragen, daß wir dabei gut abschneiden.

Über die letzte große Maschinenarbeiterbewegung, die ja bekanntlich zur Aussperrung im Mangebiet führte, ist erst vor kurzem im Organ berichtet worden und dürfte es genügen, wenn wir hier erwähnen, daß wir auch hierbei selbständig vorgingen. Bei den Verhandlungen, die zwischen zwei Streikerkommissionen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern geführt wurden, sind wir durch die Arbeitgeber, die uns lediglich als Sturmböcke gegen die Gegenorganisationen gebrauchen wollten, was wir aber ablehnten, nicht zugelassen worden. Zu grämen brauchten wir uns darüber nicht, denn wie ja bekannt, hat diese Kommission der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter eine recht bedauernde Rolle bei den ganzen Verhandlungen gespielt. Auch die Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, die eben mit allen Mitteln versuchten, den Kampf, zu dem sie erst mit Feuereifer geredet haben, nachher aber bremsen, mußten sich derbe Wahrheiten sagen lassen von ihren eigenen Genossen; denn das „Erreichte geht in einen Fingerhut“, wie einer der Genossen in einer Versammlung aussprach.

Durch die Aussperrung waren auch unsere Ortsgruppen Darmstadt, Frankfurt und Oberursel an dem Kampfe beteiligt. Eine direkte Folge der verkehrten Taktik seitens der Genossen bei diesem Kampfe war die Einführung der gelben Gewerkschaften hier in Offenbach durch die Fabrikanten. Der Zukunft dürfte es vorbehalten sein, hierüber noch ein weiteres Wort zu reden.

Die besten Erfolge hatten wir wieder in Fulda zu verzeichnen und kann hier wohl auf die Nr. 19 vom 11. Mai dieses Jahres unseres Organs verwiesen werden. Dort wo wir allein die Bewegung führten, sind wir heute schon soweit, daß für die meisten schweren Arbeiten schon die Achtstundenschicht durchgeführt ist. Es ist zu erwarten, daß auch unsere Kollegen dort, wie bisher, durch tüchtigen Mitarbeit es verstehen, weitere Erfolge herbeizuführen.

Nagelfabriken, angefaßt durch Rodessler, versuchten, ihren Stahlbedarf statt von Carnegie von anderen Werken zu beziehen, drohte er, selbst Fabriken dieser Art zu bauen und ihnen auf Leben und Tod Konkurrenz zu machen. Als ihm Rodessler durch Erhöhung der Erzeugnisse auf den Seen die Stahlherzeugung verteuern wollte, ließ er sofort acht Frachtdampfer von je zehntausend Tonnen bauen und transportierte seinen Erzbedarf selbst. Als endlich die mächtige Pennsylvania-Eisenbahn, die in seinem Staate geradezu ein Monopol besaß, mit Frachterhöhung ihm gegenüber vorging, fandte er sofort Tausende, um eine eigene Eisenbahn von mehreren hundert Kilometer Länge von Pittsburg bis an die atlantischen Seehäfen anzulegen. Die National Tube Company, die größte Gesellschaft zur Erzeugung von Eisen- und Stahlröhren, trieb er zu Paaren, indem er zwanzig Quadratkilometer Land in Connecut, einem davon am Eriefer, kaufte, und 50 Millionen zur Erbauung neuer Röhrenwerke anwies. Dasselbe tat er den Stahlröhrenfabriken gegenüber, und um allen anderen Stahlwerken Konkurrenz zu bieten, ließ er verstanden, daß er seine eigenen auf den doppelten Umfang vergrößern würde. So parierte Carnegie jeden Schachzug seiner Gegner. Es war ihm nicht bezugommen, und das einzige Mittel war nunmehr, ihn zu seinen Preisen anzukaufeu. Der einzige Mann, der dies bemerkenswerten konnte, war Morgan. Hat er es nicht, so war der Konkurrenzkrieg da, und die kleineren Werke waren dann sicher dem Untergang geweiht. Morgan entschloß sich, den Be-

trieb zu machen und hat telephonisch von New York aus den Generaldirektor Carnegies, Charles Schwab, um eine Unterredung in Philadelphia. Die beiden Männer trafen sich im dortigen Bellevue-Hotel und blieben kaum einige Minuten beisammen. In seiner brüsten Weise frag Morgan den Vertreter seines Gegners:

„Verkauft Carnegie seine Werke?“  
„Ja,“ war die kurze Antwort.  
„Zu welchem Preis?“  
„Noch in dieser Woche werde ich ihn nennen. Good bye!“

Das war die ganze Begegnung. Schwab kehrte sofort nach Pittsburg zurück, und Carnegie begann zu rechnen. Seine Werke waren sieben Jahre zuvor zu 100 Millionen Markt kapitalisiert worden. Aber das war für ihn keine genügende Grundlage. Hatte doch der Reingewinn im Jahre 1900 nicht weniger als 160 Millionen Markt betragen. Die Stahlwerke waren nicht als solche zu betrachten, für die Finanzleute der Wallstreet von New York galten sie vornehmlich als eine reiche Zinsen tragende Anlage, und auf dieser Basis mußte auch der Preis festgelegt werden. 160 Millionen Markt repräsentieren zum Zinsfuß von fünf Prozent 3 200 Millionen Markt.

Selbst dem kühnen Enthusiasten Schwab schwindelte bei der Annahme dieser Summe. Aber kühl wie eine Gans kühlte ihn Carnegie seine Bedingungen wieder:  
Zwanzigprozentige Goldanleihe von 304 000 000 Dollar  
Zinsfuß 5%  
98277 124

Aktionen . . . . . 90 279 040  
Reingewinn des laufenden Jahres 40 000 000  
Zum damaligen Kurse gerechnet machte das die unglaubliche Summe von 487 416 640 Dollar oder mehr als zwei Milliarden Markt!

Schwab schüttelte den Kopf. „Das werden wir nie bezahlen können!“ meinte er.

Carnegie lächelte. „Das ist ja nur tausend Millionen weniger als ich verlangen könnte. Zwei Milliarden muß ich haben, keinen Pfennig weniger.“

Am nächsten Morgen besand sich Schwab, aus dessen Munde ich diese Begebenheit erfuhr, auf dem Wege nach New York. Morgan und eine Gruppe seiner Anhänger erwarteten ihn. Die Unterredung dauerte diesmal drei Stunden. Dann schlugen die New Yorker ein, und damit war der größte Kauf, der jemals stattgefunden hat, besiegelt.

Carnegie, der einige dreißig Jahre zuvor mit 25 000 Markt Vermögen begonnen hatte, zog sich mit einigen hundert Millionen weniger als zwei Milliarden aus den Geschäften zurück — den Rest beizaham seine Partner.

Nun konnte der Stahltrust wirklich organisiert werden. Morgan machte sich sofort ans Werk und kapitalisierte die vereinigten Unternehmungen zu 4500 Millionen Markt! Ungefähr sechzig Prozent der gesamten Stahlproduktion Amerikas, zwölf bis vierzehn Millionen Tonnen jährlich, waren unter einem Ort gebracht!

Mannheim war ebenfalls die Stätte mehrerer Bewegungen in der Berichtszeit. Eine Bewegung der Bau- schlosser ist hier zu nennen, die zu einem Tarifabschluß führte. Größere Bewegungen waren dort ebenfalls in- folge der allgemeinen Formbewegung zu verzeichnen, die der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auch dort mit großen Sprüchen eingeleitet, aber im entscheidenden Mo- ment ließ er die hauptsächlichsten Forderungen fallen und zog sich stille zurück. Auch dort hat man, wie anderwärts, die Mitglieder aufgefordert, ihre Organisationszugehörig- keit zu verleugnen, um bei eventueller Ausperrung die „starke“ Kasse nicht zu sehr belasten.

Bei der Bewegung auf den Strebelwerten (vormals St. D. Mahr) reichten die Christlichen mit den S.-D. ge- meinsam einen Tarif ein, da die Genossen auch diese an die Wand brühen wollten, trotzdem ca. 1/4 der Arbeiter in diesen Verbänden organisiert war. Den Genossen war es bei ihrem eingereichten Tarif passiert, daß sie für einzelne Betriebe niedrigere Löhne verlangten, wie sie schon gezahlt wurden. Auch hier war es wieder der Führer der roten Metallarbeiter, dem es die Arbeiter zu verdanken haben, daß jebiel wie nichts erreicht wurde, denn was man den Arbeitern geboten, war so minimal, daß diese es nicht annahmen, aber man verdrückte sich von roter Seite den Obergewossen und Bezirksleiter von Stuttgart, der dann auch mit den nötigen Bremsklößen ankam und die Bewegung abwürgte. Die Arbeiter, denen es in erster Linie darauf ankam, eine Lohnaufbesserung zu erhalten, gingen leer aus, ja noch mehr, sie können keinen Anspruch mehr er- heben auf besseren Lohn, weil es durch den Tarif unmöglich gemacht ist.

Eine weitere Bewegung bei einer Baukonstruktionsfirma ist zurzeit noch nicht erledigt. Ebenso die Bau- schlosserbewegung in Frankfurt, wie wir auch zur Zeit bei der Bewegung der Drahtzieher auf dem Waldhof bei Mannheim beteiligt sind.

Alles in allem waren wir im Berichtsjahr an 25 Streiks und Bewegungen beteiligt, aber sie wurden durch uns allein geführt. Es streikten von uns 207 Personen 1256 Wochen und 150 Tage. An Unterstützung wurden, soweit es festzustellen war, (auch hierbei muß bemerkt werden, daß nicht alle Ortsgruppen ihre Schlussabrechnungen eingekandt haben) ausgezahlt: 13 763 Mk. 95 Pfg. Nicht einbezogen sind die lokalen Unterstützungen und die Beträge für die Bewegungen, die am 1. Juli dieses Jahres noch nicht be- endet waren. Wir können immerhin eine Gesamt- summe von 20 000 Mark annehmen.

Ermahnt sei noch im Bericht, daß von Seiten unserer Ortsgruppen für den Streit auf der Burbacher Hütte 944,96 Mk. an Sammellisten aufgebracht wurden. Ein Resultat, mit dem man im allgemeinen zufrieden sein konnte. Wenn nun weiter noch kurz einige Fehler und allgemeine Wünsche hier angeführt werden, so geschieht dies nur aus dem Grunde, eine Besserung für die Zukunft dadurch herbeizu- führen. Da ist zunächst die Korrespondenz; dieselbe läßt bei manchen Ortsgruppen viel zu wünschen übrig. Bei einigen ist es überhaupt äußerst schwer gewesen, ein Lebenszeichen durch die Post zu erhalten. Andere sparen gabeln an Worten, das gilt namentlich bei Bewegungen; da kommt in letzter Minute eine Postkarte, und nun soll der Bezirksleiter eingreifen, ohne aber auch im geringsten näher informiert zu sein. Die Kollegen vergessen vielfach, sich das notwendige Material zu sammeln. Es müssen viel- mehr Aufzeichnungen gemacht werden über Lohn- und Ar- beitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben, oder über die Lebenshaltungen und Wohnungsverhältnisse.

Viel mehr Sorgfalt muß in Zukunft der Presse ge- widmet werden. Bei der großen Ausdehnung des Be- zirktes ist es dem Bezirksleiter ganz unmöglich, alle Vor- gänge zu übersehen. Wenn in der Presse Artikel erscheinen, die eine Richtigstellung oder Zurückweisung notwendig machen, so ist es Aufgabe der Ortsgruppenvorstände, diese Artikel sofort an die Bezirksleitung zu senden. Vielfach geschah dieses aber gar nicht, oder viel zu spät, oder man mußte sich dieselben erst auf Umwegen beschaffen. Wir haben im Bezirk eine weitaustragende und vielhaltige Presse, aber darunter sind nur wenige Zeitungen, die unsere Inter- essen auch vertreten wollen. Deshalb ist es doppelt nötig, die uns günstig gestimmte Presse zu unterstützen und aber auch richtig zu bedienen.

Dann muß in Bezug auf Einsendung der Tä- tigkeitberichte und Abrechnungen noch vieles besser werden. Mindestens 3 Wochen nach Quartalsabschluß müssen diese Arbeiten erledigt sein. Bei einigen ist in dieser Be- ziehung Pünktlichkeit vorhanden, dies muß aber bei allen möglich sein. Wo der Vorstand befreit ist, sein Vertrauens- männern gut auszubauen und zu überwachen, und auch sich selbst es angelegen sein läßt, nicht alles auf die lange Bank zu schieben, da ist auch Pünktlichkeit und Ordnung im Betriebe vorhanden. Wo aber der eine nur klagt über die Unzeitigkeit des andern, ohne sich selbst zu ermannen und an- zugeifern, da ist das Gegenteil zu verzeichnen.

Auch muß konstatiert werden, daß die Rundschrei- ben nicht immer beachtet und danach verfahren wurde. Beispielsweise wurden die Ortsgruppen durch ein Rundschrei- ben aufmerksam gemacht, in einer gewissen Zeit überall Hausagitation zu betreiben und zu einem festgesetzten Ter- min darüber zu berichten. Aber nur eine Ortsgruppe hat den Bericht eingekandt und dort war auch Erfolg, bei vielen ge- schah entweder gar nichts oder man hatte allerlei Aus- reden.

Inbezug auf Auszahlung der verschiedenen Unterstützungen wird auch noch vielfach gefehlt, trotz der verschie- denen Aufforderungen und Hinweise sowohl mündlich wie auch durch das Organ. Wir wollen hoffen, daß hierin bald eine Besserung zu verzeichnen ist.

Zum Schluß können wir wohl sagen, daß wir bestrebt waren, in unserem schwierigen Bezirk vorwärts zu kom- men, und überall, wo uns das nötige Verständnis und die Unterstützung von unseren Kollegen entgegengebracht wurde, haben wir dies auch erreicht. Dort, wo es noch nicht so geistig ist, wie wir es wünschen, müssen, sollen die Kollegen ihre ganze Kraft mit einsetzen und den Bezirks- leiter unterstützen, dann sind wir zu der Hoffnung berech- tigt, daß es vorwärts geht im ganzen Bezirke. Darum „Stüt auf“ für die Zukunft! Georg Scherer.

### Quelle chose de l'état de Mrs. de Wendel (à Lorraine).

On peut lire aux journaux que les oeuvres de Mrs. de Wendel ont donner de nouveau 60—100 Mark aux familles des pauvres victimes de la cata- strophe de Rossel. Les pauvres familles ont les rentes légal, et si les oeuvres de Mrs. de Wendel ont accorder un supplément, ce n'est qu'un acte de justice, et les oeuvres n'ont porter aucune oblation financière.

Mais, si les oeuvres veulent faire quelque chose de bon, alors elles doivent reformer les caisses de maladies. Pendant le procès de Mrs. de Wendel contre Karius on pouvait marquer, que les caisses de maladies des oeuvres ne sont pas en état, comment la loi distinguait en 1903.

Les caisses de maladie doivent légalement ac- corder: 1. Dès le début de la maladie les soins de médecin, les médicaments, les lunettes, les bandages et tous les articles semblables. De meme les dents artificielles, le plombage de dents tombent à la charge de la caisse, s'il s'agit d'éliminer un mal, ou de guérir une infirmité, mais non, dans le but de beauté ou de coquetterie. Dans le cas d'une in- capacité de travail et à partir du troisième jour de la maladie commence à courir l'obligation de l'indem- nité, qui doit représenter en moyenne la moitié du salaire quotidien des classes des assurées, pour les quel la caisse est instituée, en tant que cette paye journalière ne dépasse point 4 Mk. Généralement au lieu du salaire moyen de la journée, on calcule pour baser ces indemnités conformément à l'échelle des différents salaires dans les classes des ouvriers.

Aux oeuvres de Mrs. de Wendel les indemnités ne dépasse la somme de 1,92 Mk. Dans un mé- moire, le syndicat chrétien a demandé, que la direc- tion général doit reformer les caisses de maladie, mais, nous n'avons eu aucune réponse, et les in- convénients sont encore toujours les mêmes. Pour arriver à ce que demande la loi de 1903, les ouvriers sont forcer de payer 66 2/3 pfg. de plus par mois, et les patrons 33 1/3 pfg. par mois pour chaque ouvrier. Les camarades aimeraient bien de payer 66 2/3 pfg. de plus par mois pour avoir des indem- nités favorables (tous les mois les camarades sont forcer de payer 5 à 6 Mk. d'amandes).

Pour les patrons ça faisait un montant pour 1 ouvrier 33 1/3 pfg. par mois, pour 1000 ouvriers 333 Mark pur 10000 ouvriers (au moins 20000 ouvriers sont occuper aux oeuvres de Mrs. de Wendel) une somme de 3333 Mk. par an 39 996 Mk.

Quand les oeuvres de Mrs. de Wendel auront reformer leurs caisses de maladie en 1903 alors les patrons auront payer au moins dans cet espace 119 988 Mk. de plus et les ouvriers 239 976, mais les caisses de maladie rembourseraient 359 694 Mk. aux ouvriers en forme d'indemnités favorables.

Encore un mot, avant de terminer, aux membres du syndicat: Soignez bientôt pour une loi qui abo- lisse toutes les chicanes. Afin que les oppresseurs puissent être pour suivis pour leurs chicanes devant la justice.

Pour aujourd'hui, nous voulons terminer avec cet appel, nous y reviendrons encore, lorsqu'il sera nécessaire. Nous ne voulons pas d'injustice et nous sommes prêts à mettre toute notre bonne volonté pour l'intérêt des patrons aussi, mais nous ne voulons pas que nos droits soient meconnus ou même foulés aux pieds! A toute la classe ouvrière nous disons sans cesse: Entrez tous dans l'organi- sation chrétienne. Une fois la plus grande partie organisée, ces inconvénients arrêteront tout seuls. Ceux qui n'ont rien à se reprocher ne doivent pas avoir peur, et que chacun prononce le grand mot: Je veux être organisé. E. E.

### Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

#### Der Christliche Metallarbeiter-Verband der Schweiz.

Nachdem im Jahre 1902 unter allen möglichen Schwierigkeiten in St. Gallen die erste christliche Metallarbeitergewerkschaft gegründet war, und nach und nach lebensfähig geworden ist, da entstanden auch, parallel mit der Gründung von christl. Arbeitervereinen, bald darauf in Rorschach, Zürich, Winterthur und Schaffhausen neue Sektionen und die Zeit zur Gründung des jetzigen Zentralverbandes war angebrochen.

Gleich von Anfang an hatte der junge Verband mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Manach

an Verständnis für das Gewerkschaftsleben und Vor- urteile aller Art von seiten der Mitglieder, zu wenig Opferinn, Egoismus, Mangel an tüchtigen Führern, heftigste Bekämpfung von seiten der sog. „freien“ Richtung, das alles zusammen drohte oftmals die junge Pflanze im Keime zu ersticken; doch es kam immer wieder ein warmer Sonnenstrahl.

Unser erster schweizerische Gewerkschaftssekretär Herr G. Briellmaier, Redakteur des „Gewerkschafter“, nahm sich mit ganzer Kraft unseres Verbandes an, von der Gallusstadt aus warf er überallhin sein Netz aus und langsam zwar, aber umso sicherer, wuchs die Zahl der Sektionen und demzufolge auch der Mitglieder.

Der Verband zählt heute 26 Sektionen mit etwa 1200 Mitgliedern; seit 1. Juni dieses Jahres hat der Verband nun auch einen eigenen Verbandssekretär: Herr M. Ventenegger, der mit dem Zentralvorstand seinen Wohnsitz in St. Gallen hat, und der auch sehr bemüht ist, den Verband zu heben, namentlich auch durch Anknüpfung von engeren Verbindungen mit den Bruderverbänden in Deutschland und Oesterreich.

Die Einführung des Zentralarbeitsnachweises hat bereits schon gute Früchte gezeitigt und es soll auch in nächster Zeit der Versuch gemacht werden, mit dem deutschen Bruderverband einen Gegenseitigkeits- vertrag anzubahnen. Ferner wird ebenfalls in näch- ster Zeit ein Ortsgruppenverzeichnis im Druck er- scheinen, um gegenseitig immer in nähere Ver- bindung zu kommen.

Noch sei hier die Mitteilung gemacht, daß gegen- wärtig eine ganze Anzahl offene Stellen angemeldet sind, so zum Beispiel für 10—12 Spengler, einige Schlosser, tüchtige Mechaniker, Eisen- und Messing- dreher, alles gut bezahlte Stellen und an sehr schön gelegenen verkehrreichen Orten.

Auskunft gibt das Zentralarbeitsnachweissbureau in St. Gallen. A. Ventenegger, Buchst. 31. Raß der Schweiz reisenden christlich organisierten Kollegen bestens empfohlen. Hoffentlich wird es uns auch in der Schweiz recht bald gelingen, analog den christlichen Bruderverbänden in Deutschland, mit denen wir uns solidarisch und in der Lebensanschauung wie in den Zielen vollständig einig fühlen, siegreich vorwärts zu schreiten und ein ausschlaggebender Faktor in der Arbeiterbewegung zu werden. L.

### Die amerikanische Gewerkschaftsbewegung.

Nach Mitteilungen des Korrespondenzblattes der soziald. Gewerkschaften ergibt die amerikanische Ge- werkschaftsbewegung auf Grund einer privaten Er- hebung folgendes Bild: Es zählten Mitglieder die Verbände der Bergarbeiter 291 266, Bauarbeiter 409 663, Metallarbeiter 203 992, Stein-, Ton- und Glas- arbeiter 69 000, Textil- und Bekleidungsarbeiter 124 950, Pelzarbeiter, Wagenbauer 43 400, Lederar- beiter 7910, Graphische und Papierarbeiter 83 580, Nahrungs- und Genussmittelarbeiter 103 218, Han- dels-, Verkehrs- und Transportarbeiter 498 735, Per- sönliche Bedienung 57 600, verschiedene Berufe 76 400. Insgesamt wurden 1 971 514 gewerkschaftlich organi- sierte Mitglieder gezählt, doch darf man wohl an- gesehen öfters absichtlich geringer angegebener Zah- len der Gewerkschaftsleitungen annehmen, daß die Gesamtmitgliederzahl zwei Millionen übersteigt. Be- merkenswert an den amerikanischen Gewerkschaften im Gegensatz zu den englischen und deutschen ist die verhältnismäßig mangelhafte Ausbildung des Unter- richtungswesens.

### Einige glauben es nicht.

Kürzlich wurden einige interessante Enthüllungen aus einer vertraulichen Monatskorrespondenz der Hirsch- Duncker'schen Gewerksvereine öffentlich bekannt, worin sich der geistige Führer der S.-D., Anton Erkelenz in- sagen wir mal — sehr wegwerfender Art über den Stifter des evangelischen Bekenntnisses ausließ. Das mußte um so mehr Aufsehen erregen und die S.-D. Taktik in ihrer ganzen verwerflichen Art dokumentieren, da dies zu einer Zeit (Mai 1906) geschah, als derselbe Erkelenz und Genossen schon die evangelischen Arbeiter- vereine umgirteten, die ihnen die erschafften Segel wieder- blähen sollten. Die Einschätzung des Königs von Witten- berg durch den S.-D. Oberführer Erkelenz muß für dessen ganze Veranlagung noch gravierender wirken, wenn man berücksichtigt, daß sich derselbe Erkelenz in der gegen die christlichen Gewerkschaften herausgegebenen Schmähchrift als Bionswächter des evangelischen Bekennt- nisses aufspielt und in öder konfessioneller Geze zu ma- chen sucht. Dort gibt er sich den Anschein, als ob er Angriffe von katholischer Seite auf Martin Luther mit größter Entrüstung zurückweisen möchte und hat dabei die unerworbene Dreistigkeit, Ausführungen eines Zentrums- blattes den christlichen Gewerkschaften an die Rockschöße zu hängen.

Die moralische Bewertung Hirsch-Duncker'scher Tab- tif eracht sich aus folgender Nebeneinanderstellung:

**Erkenntnis im Geheimniskular**  
Nr. 8 vom Mai 1906:  
Man hat bisher noch kein einziges Beispiel aufweisen können und noch keinen einzigen Beweis angeführt. Man kann das nicht, weil es solche Beweise nicht gibt. — **Aber der Mönch von Wittenberg** soll ja schon gesagt haben: „Lüge nur ruhig weiter, etwas bleibt ja doch hängen.“ Wir müssen also von vornherein erklären, wenn nicht einer der Geister, die mit Vergnügen diese Behauptung aufstellen, wenigstens den Versuch macht, einen Beweis dafür anzutreten, daß man dann wider besseres Wissen Unwahres behauptet.“

Das ist Girsch-Dunkersche Taktik, wie sie leibt und lebt und scheint selbst einigen Girsch-Dunkerschen Anhängern geradezu ungläublich zu sein. In der H.-D. „Westb. Post“ Nr. 37 wendet sich nämlich ein H.-D. Mitglied G. an die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine, um sie über diese heikle Angelegenheit hinwegzutristen. Er polemisiert gegen den diesbezüglichen Artikel in unserm Organ (Nr. 36), und während Erkelenz, Appel usw. schweigen wie das Grab, findet G. doch wenigstens folgende Worte:

„Ich will nicht näher auf den Artikel eingehen, denn die nötige Antwort wird Ihnen schon zuteil werden. Aber eins möchte ich mir doch erlauben, wo Erkelenz gesagt hat, der Mönch von Wittenberg soll ja schon gesagt haben, Lüge nur ruhig weiter, etwas bleibt ja doch hängen. Ich glaube, daß dieses nicht bewiesen werden kann.“

Auf die nötige Antwort, die uns zuteil werden soll, sind wir sehr gespannt, hoffentlich bleibt sie nicht aus. Den ungläubigen Girsch-Dunker G. aus Duisburg aber laden wir hiermit ein, in unserer Redaktion, Seltensstraße 19, sich durch elgenen Augenschein davon zu überzeugen, (ein Original-Geheimniskular ist uns von befreundeter Seite nämlich zur Verfügung gestellt worden. Die Red.) daß obige Auslassungen von Erkelenz schwarz auf weiß in Nr. 3 der vertraulichen „Mitteilungen an die H.-D. Vertrauensmänner“ gedruckt vorliegen. Falls es G. also nicht um leere Redensarten, sondern gemäß seiner Versicherung um „Orientierung in der Sache, wie sie in Wirklichkeit liegt“, zu tun ist, wird er hoffentlich erscheinen und sich den eklatanten Beweis Girsch-Dunkerscher „Spitzbubentaktik“ mit eigenen Augen ansehen.

**Zur Interkonfessionellität der christlichen Gewerkschaften**

liefert das Hauptorgan der konservativen Partei die Kreuzzeitung (Nr. 363 vom 6. August) bei der Besprechung der Reichsmannschen Schrift folgenden wertvollen Beitrag:

„Der Durchführung der Interkonfessionellität haben sich zwar manche Schwierigkeiten entgegengestellt. Namentlich auf evangelischer Seite hat man, weil die Bewegung für die christlichen Gewerkschaften auf katholischer Seite ursprünglich viel lebhafter war und sie ihren eigentlichen Ausgangspunkt in katholischen Vereinen hatte, früher oft der Besürchtung Ausdruck gegeben, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung sich lediglich zu einem willigen Organe des Ultramontanismus entwickeln würde. Diese Besürchtungen haben sich nicht gerechtfertigt, und zwar, wie wir mit Reichmann gerne und willig anerkennen, dank dem festen Willen der katholischen Führer, auf diesem Gebiete die strengste Neutralität obwalten zu lassen. Dadurch ist in der Tat erreicht worden, daß die Gewerkschaftsbewegung auch immer weitere evangelische Kreise erfaßt hat und daß hier beide Konfessionen einträchtig miteinander arbeiten. Die Erreichung dieses Zieles hat zunächst im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung als solcher gelegen. Denn ohne Zweifel sichert sich diese ihre Macht am besten durch möglichste Vermehrung jeder Versperrung. Aber in der Erreichung dieses Zieles liegt auch ein Vorteil für die Allgemeinheit. Leider sind in der letzten Zeit die konfessionellen Gegenjäger härter hervorgetreten, und es hat sogar an Verharmlosungen nicht gefehlt, die sie auf alle Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens haben übertragen wollen. Gerade gebildete Kreise und diejenigen, die sich gern zu ihnen rechnen, haben — wir müssen es mit Bedauern gestehen — hierbei die Führung übernommen. Um so ehrenvoller ist es für unsere christlichen Arbeiter, daß sie die beklopte Zustimmung der konfessionellen Gegenjäger nicht geübert, sondern sich zu gemeinsamer Arbeit zur Förderung wirtschaftlicher Interessen zusammengewunden haben. Sie haben durch diese hervorragende Tat den Beweis erbracht, daß es doch noch gemeinsame, von dem besonderen Bekenntnisse losgelöste christliche Anschauungen gibt und auf diese Weise zugleich dargelegt, daß doch auch der vielbespöttelte Begriff des christlichen Staates kein leerer Schall ist.“

**Erkenntnis in der Schmähschrift**  
gegen die christlichen Gewerkschaften:  
„Was denken diese evangelischen Leute, wenn in den Publikationsorganen ihrer Gewerkschaft (?) (gemeint sind damit ein Zentrumsorgan, für das die christlichen Gewerkschaften ebenso wenig verantwortlich gemacht werden können, wie Erkelenz, Appel und Comp.) alles das was dem Protestantentum heilig, (d. i. Martin Luther) aufs schmachlichste herabgewürdigt wird?“

Dieses Urteil, von einem Blatte, mit dem wir zwar in sozialpolitischen Fragen häufig nicht übereinstimmen, das aber auf dem Boden christlicher Weltanschauung kämpft, ist jedenfalls wertvoller als das Gelläufig sozialdemokratischer oder sonstiger Elemente, die selbst christentumsfeindlich sind und lediglich aus agitatorischen Gründen und sonstigen unlauteren Motiven die christlichen Gewerkschaften als „ultramontane“ Organisationen denunzieren. Für die Agitation zu gebrauchen!

**Eine genossenschaftliche Bürstenfabrik**

wurde mit Unterstützung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter in Ramburg (Pfalz) errichtet. Die Errichtung ist die Folge eines bereits 25 Wochen dauernden Streiks. Das Unternehmen ist so groß geplant, daß in kurzer Zeit das Gros der Ramburger Bürstenarbeiter dadurch Beschäftigung finden kann. Tüchtige Fachleute und angesehene Bürger haben die technische und kaufmännische Leitung übernommen. Auch ist eine gute finanzielle Unterlage vorhanden. Zur Zeit sind über 800 Anteilnehmer a 50 Mark gezeichnet. Die Gesamtsumme beträgt pro Anteil 500 Mk. Von der Reisfelsengeneration wird die Aufsicht und Kontrolle mit geführt. An alle christlich-nationalen Arbeiter ergeht die dringende Bitte, die Genossenschaft durch Zuführung von Kundenschaft zu unterstützen. Die Adresse ist: Genossenschaftliche Bürstenfabrik in Ramburg (Pfalz). Angefertigt werden alle Sorten Bürsten, Besen und verwandte Artikel.

**Kinderarbeit in Amerika.**

Eine betrübende Erscheinung in unseren materialistischen Zeitalter ist die gewerbliche Kinderarbeit. Ganz besonders den Vereinigten Staaten, die sich sonst ihrer Fortschrittlichkeit und freiheitlichen Institutionen nicht genug zu rühmen wissen, stellt der große Umfang der Kinderarbeit ein geradezu beschämendes Zeugnis aus. In gewissen Fabrikablässements von Massachusetts sieht man Scharen von Kindern damit beschäftigt, Tuchstücke zu Bleichzwecken in großen Behältern auszuwaschen, wobei sie genötigt sind, nackt in einem Bode von chemischen Substanzen zu stehen, die ihre Körper bleichen wie die Körper von Unfähigen.

In den südlichen Staaten ist heute die Zahl der arbeitenden Kinder die sechsfache von derjenigen vor zwanzig Jahren, und immer noch nimmt die Zahl der lügnislichen zu. Vom Lande und vom Gebirge her strömen sie in die Städte, um sich in der ungesunden und demoralisierenden Fabrikluft zu vergraben, wo sie an Leib und Seele zugrunde gehen. In Pennsylvania werden Kinder von 10 und 11 Jahren Tag für Tag acht Stunden lang dazu verwendet, Kohlen von Schladen und Gestein zu reinigen. In Illinois mit seiner Fleischkonserven-Industrie stehen Kinder bis zu den Knien in Blut, um die Eingeweide usw. der geschlachteten Tiere zu reinigen. Im ganzen genommen erreicht die Zahl der zur Fabrikarbeit verurteilten Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren annähernd ein Sechstel der ganzen Bevölkerung. Das bedauerndste aber an dieser Erscheinung ist daß dieselbe als eine unumgängliche ökonomische Notwendigkeit hingenommen wird und man sich kaum etnlich mit der Abwehr des furchtbaren Unheils beschäftigt. Was ist von solchen Kindern zu erwarten? Verroht, physisch und moralisch ruiniert, werden sie die willenslosen Werkzeuge des Lasters und des Verbrechens.

**Warnung vor Schwindelkassen.**

Trotzdem in der letzten Zeit viele sogenannte Schwindelkassen aufgelöst worden sind, deren „Direktoren“, „Bankanten“, „Aufsichtsräte“ usw. schließlich ins Gefängnis wandern mußten, werden doch immer wieder neue Schwindelkassen gegründet. Da das Publikum auf dem Gebiete der Krankenversicherung durch die vielen Prozesse und öffentlichen Warnungen mißtrauisch geworden, so versuchen gewisse Schwindler durch andere Verlockungen Leichtgläubige zu finden. So kann das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung in seinem vor kurzem erschienenen Jahresbericht für 1906 berichten, daß nicht nur auf dem Gebiete der Krankenversicherung, sondern auch auf anderen Gebieten Schwindelkassen vorkommen. Als Beispiel wird erwähnt, daß an einer Stelle der Versuch gemacht worden ist, eine „Pensionskasse“ zu errichten, in welche unterschiedslos alle Personen über 15 Jahren aufgenommen werden sollten. Die „Gründer“ waren völlig mittellos und erheblich vorbestraft. Auch eine „Versicherung gegen Stellenlosigkeit“ war auf vollkommen unsicheren Grundlagen aufgebaut und mußte vom Aufsichtsamt abgelehnt werden. Wenn endlich werden die Arbeiter alle so klug werden, um allen zweifelhaften Kasseneinrichtungen die Türe zu weisen? Es gibt doch reelle und gut fundierte Kassen jeglicher Art genug.

**Zur Frage der Verteilung von Flugchriften**

füllte die Berufungsstrafkammer zu Düsseldorf ein für weitere Kreise bedeutungsvolles Erkenntnis. Im Austrage des deutschen Metallarbeiterverbandes hatte ein hier wohnender Klempner in benachbarten Neuß ohne polizeiliche Erlaubnis Flugblätter verteilt, welche die Durchführung des Neunstundentages in der Metallindustrie betrafen. Wegen Vergehens gegen § 10 des preussischen Pressgesetzes vom Jahre 1851 unter Anklage gestellt, machte der Beschuldigte vor dem Schöffengerichte in Neuß geltend, daß er für die Verteilung ein Entgelt von 75 Pfennig nebst freier Fahrt erhalten habe. Das Neußher Schöffengericht gelangte jedoch zu einer Verurteilung in Höhe von 3 Mk. Geldstrafe mit der Begründung, daß der Einwand des Angeklagten, er habe die Verteilung gegen Entgelt vorgenommen, nicht durchschlagend sei, weil das Pressgesetz keinen Unterschied zwischen unentgeltlicher und entgeltlicher Verteilung mache, sondern für beide Arten die Verteilung die polizeiliche Erlaubnis vorschreibe. Auf dem entgegengesetzten Standpunkt hat sich nunmehr der Strafkammer des hiesigen Landgerichts als Berufungsinstante gestellt, indem sie das Urteil des Vorderrichters aufhob und den Angeklagten von Kosten und Strafe freisprach. Das Schöffengericht habe, so führte die Urteilsbegründung aus, offenbar bei seiner Entscheidung die Bestimmung des § 30 des Reichsgesetzes außer acht gelassen, insofern deren § 10 des preussischen Pressgesetzes hinsichtlich der Verteilung von Drucksachen heute nur noch insoweit in Geltung geblieben ist, als es sich dabei um eine unentgeltliche Verteilung handle; in den Fällen, wo der Verteiler für die Arbeit des Verteilers von seinem Auftraggeber eine Lohn erhalte, sei die Anwendung des § 10 ausgeschlossen. Was somit die Verteilung eine entgeltliche, und das erachtet das Gericht als festgestellt, so bedurfte der Angeklagte eine polizeiliche Erlaubnis nicht. Denn ebensowenig wie das § 10 könne hier der § 43 I der Gewerbeordnung Anwendung finden, der die gewerbsmäßige Verteilung von Druckschriften von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig macht. Der Sachverhalt, wonach der Angeklagte ein einziges Mal auftragsmäßig die Verteilung vorgenommen habe, begründet noch nicht die Annahme, daß er aus solchen Verteilungsgeschäften ein Gewerbe mache.

Vorstehendes Urteil ist besonders für die Gewerkschaftsvorstände wichtig, welche oft in die Lage kommen, Flugblätter zu verteilen zu lassen und ihnen oft von den Polizeibehörden Schwierigkeiten gemacht werden. In Zukunft haben sie für jede Verteilung eine Entschädigung zu zahlen, dann brauchen sie die Polizeiverwaltung gar nicht mehr mit Erlaubnisgesuchen zu belästigen.

**Streits und Lohnbewegungen.**

**Zur Riemengangschoffer-Bewegung in Darmen.**

Wir wiesen bereits in Nr. 35 auf das nicht zu rosig Ende der mit so großem Tam-Tam seitens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes eingeleiteten Riemengangschoffer-Bewegung hin. Heute wollen wir etwas näher darauf eingehen. Im April dieses Jahres wurden plötzlich die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Riemengangschoffer zu einer, von „freier“ Seite einberufenen Versammlung eingeladen, wie es hieß, „zwecks Besprechung und Stellungnahme einer evtl. einzuleitenden Bewegung.“ Damit wollten offenbar die Genossen nur die Christlichen belästigen, denn in Wirklichkeit war die Mitberatung und die Anknüpfung der im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen zu den einzuleitenden Forderungen von den Genossenschaftsführern nicht gewollt und daher von dieser auch illusorisch gemacht.

Weil man aber ohne die christl. Riemengangschoffer überhaupt nichts machen konnte, lud man sie am Vorabend der Bewegung zur Versammlung ein, jedoch nicht um mitzuberedern, sondern nur, um zu der, von „freier“ Seite einseitig fabrizierten Eingabe einfach die Zustimmung der Christlichen entgegen zu nehmen, also Nachläuferdienste zu beanspruchen.

Das ist eben das Verhängnis, welches über dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und seinen Wortführern schwebt, daß sie fast bei jeder Bewegung auf Grund ihres vermeintlichen Machtstandpunktes glauben alles allein machen zu können, und deshalb auf die Mitarbeit der christlichen Kollegen von vornherein Verzicht leisten. Wären die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes und dessen Leitung früh genug gehört worden, hätte man sie bei der Beratung des Tarifsentwurfs eingeladen und ihre Ansichten vernommen, dann hätten solche, zur Zeit unrealisierbaren Forderungen, von denen jeder im Voraus wissen konnte, daß sie augenblicklich nicht durchführbar waren, an die Unternehmer nicht ergehen dürfen.

Das mußten die Genossen und deshalb hat man im Stillen die Bewegung vorbereitet, ohne auch nur das geringste davon den christlichen Kollegen gegenüber verlauten zu lassen. Die im „freien“ Metallarbeiterverband schon eingebürgerte Kinderinubenspolitik war zweifellos das leitende Motiv hierzu. Möglich, sogar sehr wahrscheinlich ist aber auch, daß man die Grundzüge verschiedener Genossenschaftsführer, z. B. „Jäger“-Düsseldorf und „Gemoll“-Eisen, beide Beamte des „freien“ Metallarbeiterverbandes, Schule machen lassen wollte, wonach ein verlorener Streik, oder ein solcher, wo sozusagen nichts bei herauskommen, wenn er auch 17 Wochen oder noch länger dauert, beizugehen sei, als ein Streik von 14 Tagen, der genommen würde.

Will man das aber nicht gelten lassen, dann allerdings erscheint die Annahme berechtigt, wonach den Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Darmen die allereinfachste Fähigkeit eines Gewerkschaftsführers, jeglicher gewerkschaftliche Weis- und Ueberblick abgeht.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist gewiß eines der vornehmsten Ziele aller gewerkschaftlichen Betätigung, weil durch sie der Arbeiter materiell, geistig und auch in

frühere Arbeitschluss an den Vorabenden vor den Sonn- und Feiertagen ein ständiger Punkt, der fast bei allen Forderungen und Eingaben wiederkehrt. Um dieses Ziel zu erreichen, muß systematisch stufenweise demselben zugeführt werden. Diese allgemein gewerkschaftlich Gespi- genheit, welche die einzig richtige ist, wurde vom „freien“ Metallarbeiter-Verband nie geschäftlich ignoriert. Man trieb einfach Kirchturnspolit und wollte angeblich das Ziel mit einem Sprünge erreichen.

Wer unter den obwaltenden Verhältnissen in der Metall- industrie, mit ihrer zum Teil noch außerordentlich langen Arbeitszeit, sogar bis zu 16 Stunden täglich, in einzelnen Betrieben die Forderung erhebt, Verfüzung der Arbeits- zeit an den Samstagen um eine halbe Schicht und außerdem an den Montagen Fortfall der Früh- frunde von 7-8, ist absolut ungeeignet, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, weil eine solche Forderung, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, seitens der Unter- nehmer nicht auf Erfüllung rechnen kann.

Damit hätte der sozialdem. Metallarbeiterverband rech- nen müssen, wenn seine „Führer“ auf der Höhe wären. Allein hier steht ein großes Fragezeichen. Die Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gebärde- ten sich in den während dem Streik stattgefundenen Ver- sammlungen derart verständnislos, und in Bezug Situa- tionsauffassung so ungläublich unfähig, daß man zu der An- sicht kommt, es fehle ihnen der gute Wille, ernstlich die wirklichen Interessen der Arbeiter zu vertreten.

Als im Anfange der Bewegung der christliche Metall- arbeiterverband nach gehöriger Einschätzung der sozial- demokratischen Forderungen, diese als zur Zeit nicht durch- führbar betrachtete und deshalb erneut mit einer Eingabe, die unter anderem 56 Stunden Arbeitszeit pro Woche vor- sah, an die Fabrikanten sich richtete, bezeichneten die „Ge- noffenführer“ dieses Vorgehen als den Interessen der Ar- beiter entgegenwirkend. Die freien Metallarbeiterverbände mitglieder aber dachten anders. Bei der Firma Peter Robert Müller Söhne, welche die Bedingungen des christ- lichen Metallarbeiterverbandes annahm, lehrten dieselben zur Arbeit zurück. Anstatt, wie es vernünftig und logisch richtig gewesen wäre, mit denselben Forderungen auch ihrerseits an die Fabrikanten heranzutreten, verharteten die maßgebenden sozialistischen Führer eigensinnig auf ihren Standpunkt und wußten durch schwulstige Reden ihre Mit- glieder in den Versammlungen auf die 54stündige Woche nach wie vor festzulegen. Besonders Herr Spiegel, der Gauleiter des soziald. Metallarbeiterverbandes — der es sich zur Aufgabe gemacht hat, in der Diaspora bei Ver- sammlungen die ungeheuerlichsten Ungerechtigkeiten und klo- bige Unwahrheiten über den christlichen Metallarbeiterver- band zu verbreiten, — befaßte in einer Versammlung in Darmen ein solches Maß von Situationskenntnis, oder aber es war bewußt schiefe Darstellung der Sachlage, daß es gar nicht wunder zu kann, daß der Streik 17 Wochen dauern und entgegen den zur Schau getragenen Groß- prahlereien der „Genossenführer“ ein solch klägliches Ende nehmen konnte.

Wie gesagt, nimmt das nicht wunder, wenn man weiß, welche zweifelhafte (um nicht zu sagen unehrliche und verlogene) Rolle die sozialistischen Akteure bei dieser Be- wegung gespielt haben. Beweis: Die Eingabe des christ- lichen Metallarbeiterverbandes, welche 56stündige Wochen- arbeitszeit verlangte, wurde, als den Interessen der Ar- beiter entgegenwirkend bezeichnet; statt dessen plaidierte man für 54 Stunden, wovon nicht ein Jota abgewichen würde.“ In der Öffentlichkeit und gegenüber den eigenen Mitgliedern stellen sich die sozialistischen Wortführer so, im geheimen aber gingen diese Leute hin zum Oberbür- germeister und erzählten ihm, man sei geneigt, auf der Grundlage von 57 Stunden mit den Unternehmern in Un- terhandlungen zu treten. Ja noch mehr, der Beamte W. des soziald. Metallarbeiterverbandes war so „ausnahms- weise kühn“, gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister die erbärmliche Bemerkung zu machen, „falls es zu Unter- handlungen mit den Arbeitgebern komme, er dafür sorgen wolle, daß nicht die rabiatsten und rabiatesten Genossen hierzu bestimmt würden.“

Ein gerütteltes Moch von Heuchelei gehört schon dazu, solch jämmerliche Rollen zu spielen, wie es hier genossen- seitig geschehen. Man kann sich denken, welche sonderbare Anschauung der Herr Oberbürgermeister bei diesem Hiertanz des „Genossen“ von solchen Arbeitervertretern bekommen haben muß.

Heute, wo der Friede wieder eingekehrt ist, mögen die Mitglieder des soziald. Metallarbeiterverbandes, welche ehr- lich und konsequent zu denken in der Lage sind, sich ein- mal die Frage vorlegen, ob das Erreichte denn wirklich des 17wöchentlichen Kampfes wert ist. Wir sind über- zeugt, auch ohne Streik hätte das erreicht werden können und fügen hinzu, in den ersten Wochen des Streiks hätten wir mehr erreicht, wenn der soziald. Verband den ver- meintlichen Machtpunkt nicht so sehr hervor geholt hätte. Der christliche Metallarbeiterverband hat auch bei dieser Bewegung bewiesen, daß er in der Lage ist, die Interessen seiner Mitglieder in geeigneter und korrekter Weise zu vertreten. Wäre bei dieser Bewegung das Or- ganisationsverhältnis ein umgekehrtes gewesen und hätte der christliche Metallarbeiter Verband die Mehrzahl der beteiligten Arbeiter gehabt, dann hätte der Streik nicht so lange gedauert, und es würde trotzdem mehr erreicht worden sein.

Kollegen! zieht aus diesem Kampfe die Lehre, daß es nicht die besten und ehrlichsten Arbeiterfreunde sind, welche vor und während einer Bewegung den Mund so voll neh- men und unbekümmert um das wirkliche Wohl der Ar- beiter sich einfach in der Rolle des Unbezwingbaren ge- fallen möchten. Wollen wir in Zukunft ähnliche Vorkomm- nisse verhüten, dann muß auch der letzte, ehrlich gesinnte Arbeiter sich dem christlichen Metallarbeiterverband an- schließen und eifrig für dessen Verbreitung Sorge tragen. Belehrung und Aufklärung über die Ziele der gewerks- chaftlichen Bestrebungen im Allgemeinen, der sozialistischen und der christlichen im Besonderen tun dem Arbeiter heute bitter not. Diese erhält er aber nur dann, wenn er sich dem christlichen Metallarbeiterverband anschließt, welcher von jeher aufgegeben bemüht war, in maßvoller, aber ener- gischer Weise die Bedingung der wirtschaftlichen und ma-

terriellen Lage seiner Mitglieder zu fördern. Deshalb, ihr christlichen Arbeiter beider Konfessionen, hinein in den christ- lichen Metallarbeiterverband!

### Die Westfälischen Stanz- und Emailir- werke A.-G. Ahlen i. W.

beehre: uns, nachdem sie die Erfolglosigkeit der Bemühungen ihres Rechtsanwalts eingesehen haben, nunmehr eigenhändig mit folgender Berichtigung: Ahlen (Westfalen), den 11. 9. 1907.

An die Redaktion der Zeitung „Der Deutsche Metallarbeiter“ Dutsburg.

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 36 Ihrer Zeitung enthaltene, nicht der Wahrheit entsprechende Notiz, for- dern wir Sie hierdurch auf Grund des § 11 des Preß- gesetzes auf, nachstehende Berichtigung aufnehmen zu wollen:

Wir erklären hiermit ausdrücklich, daß Differenzen zwischen uns und unseren Arbeitern nicht bestehen, auch bemerken wir, daß bislang niemand von uns gemahregelt worden ist.

Westf. Stanz- und Emailierwerke A.-G. vom. J. u. H. Kerkmann Der Vorstand.

Entgegenstehende Mitteilungen sind falsch und werden wir demnächst vor Gericht den Beweis für die Richtigkeit unserer Behauptungen bringen.

Hochachtungsvoll Westf. Stanz- und Emailierwerke A.-G. vom. J. u. H. Kerkmann.

Dieser Zuschrift gegenüber geben wir folgende kurze Darstellung der Entwicklung zu den Differen- zen, wie sie auch jetzt noch trotz aller Ableg- nungsversuche zwischen der Firma und den im christ- lichen Metallarbeiterverband organisierten Arbeitern bestehen und können dann die Bewertung vor- stehender Berichtigung ruhig dem Urteil der Deffent- lichkeit überlassen.

In Ahlen herrschen seit dem Krisenjahre 1901 die denk- bar schlechtesten Verhältnisse. J. D. wurden bei den West- fälischen Stanz- und Emailierwerken ein zwanzigprozen- tiger Abzug gemacht; der Lohn betrug zum Teil 4 Mk., mithin der Abzug pro Tag 80 Pfg. Die Arbeiter lehnten sich hiergegen auf, dann wurde ihnen gesagt: „Ihr könnt ja eine Stunde länger arbeiten“, das wurde gemacht, und es war die Tatsache zu verzeichnen, daß die Arbeiter vor der Krise

in 10 Stunden 4,00 Mk.,

nach der Krise

in 11 Stunden 3,50 Mk.

verdienten. Dieses mußte von einem Vertreter des Werkes in öffentlicher Versammlung zugegeben werden.

Hierzu kamen noch andere Sachen sehr unergütlicher Art, die wir demnächst am Gericht noch näher erörtern werden. An eine Besserstellung der Zustände war nicht zu denken. Warum nicht? Weil die Arbeiter nicht für eine Organisation zu haben waren. Die Schuld trifft in diesem Falle die Arbeiter aber nicht allein.

Die Ahlener Fabrikanten, von einigen Ausnahmen ab- gesehen, gründeten den Arbeitgeberverband unter Führung des Herrn Kerkmann, Direktor obengenannter Aktiengesell- schaft. Der Arbeitgeberverband richtete selbstverständlich einen Arbeitsnachweis ein. Im Fabrikantenverein verpflichteten sich die Herren, keinen Arbeiter einzustellen, der bei einem Mitglied des Fabrikantenvereins beschäftigt gewesen, es sei denn, der Arbeiter erhielt von dem Arbeitsnachweis den sogenannten Freischein, oder er hatte drei Monate wo anders gearbeitet. Dieses bedeutete nicht nur eine Be- schränkung der Freizügigkeit, sondern es wurde auch gewisser- maßen versucht, in den armen Arbeitern den letzten Funken von Freiheitsgefühl zu erlöchen. Berücksichtigt man diese Dinge und zieht auch die herrschende Sünstlingswirtschaft in den Werken in Betracht, ist es verständlich, daß den Ar- beitern sehr übel mitgespielt wurde.

Im Februar dieses Jahres änderte sich das Bild. Ein großer Teil der Arbeiter sah das Unhaltbare dies z Zustandes ein und traten die Kollegen in größerer Anzahl unserem Verbande bei. Da die Organisationsverhältnisse aber immer noch nicht solche waren, um in einen offenen Kampf ein- zutreten, versuchten wir es anders, um für die Kollegen die gedrückte Lage in etwa besser zu gestalten. In einer Reihe von öffentlichen Versammlungen wurden diese Zustände der Deffentlichkeit preisgegeben, mit dem Erfolge, daß jetzt die Arbeitszeit um 1 Stunde täglich verkürzt und noch manch- des gebessert wurde.

Das konnte nach Ansicht der Direktion nicht so hinge- nommen werden. Unter den Arbeitern wurde bekannt, daß die organisierten Kollegen bei Kerkmann gewinnvoll werden sollten, wenn nur, nun ja, die nötige Ruhe die Herren nicht im Stich gelassen hätte; aber wir kamen ihnen zuvor. Wir hielten nach der Arbeitszeitverkürzung wiederum Ver- sammlungen ab. In einer solchen erschien auch der Be- amtenstab des Werkes, um zu widerlegen, welches aber nicht geriet.

Am Anderen Tage wurde unser Vertrauens- mann sofort entlassen. Der die Entlassung aus- sprechende Beamte verriet — vielleicht in einem schwachen Augenblicke — die Entlassung erfolgte wegen feinen Ver- bandsgeheimnissen. Kurze Zeit darauf entließ man den anderen Vertrauensmann. Mehrere andere Kollegen schüttelten freiwillig den Staub der unangstlichen Stätte von sich. Also zwei offensichtliche Maßregelungen, die von der Direktion auch nicht mit § 11 des Preßgesetzes aus der Welt zu schaffen sind. Daß wir nun unsere Mit- glieder auf den unangstlichen Betrieb aufmerksam machen, das ist unsere Pflicht, um sie vor Enttäuschungen zu bewahren. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Fabrikant es nicht gut verschmerzen kann, wenn die Arbeitskräfte nicht mehr so zu haben sind, wie er es wünscht. Aber warum in aller Welt wirft man bis auf einarbeiteten Leute aus? Arbeiter

durch diese Handlung hat sich die Fabrik in eine sehr unange- nehme Situation hineingebracht, nicht durch unsere Schuld.

Der Wind jät, wird Sturm ernten. E. B.

Serford. Einen schönen Erfolg haben die organi- sierten Kollegen der Firma Niebaum und Gutenberg zu verzeichnen. Die Löhne waren in den letzten Jahren nicht erhöht worden. Besonders die Hilfsarbeiter hatten unter den niedrigen Löhnen sehr zu leiden; auch wurde lebhaft Klage geführt über einige Mißstände im Betrieb. Die bei- den zuständigen Bezirksleiter Wallbaum und Spiegel wur- den dieserhalb vorstellig. Nach mehrmaligem Verhandeln wurden auch Zugeständnisse gemacht, aber gerade die es am nötigsten hatten, sollten sich mit 1 Pfg. Lohnerhöhung zufriedengeben. Hiermit konnten sich die Kollegen nicht einverstanden erklären.

Nach eingehender Beratung reichten sämtliche Metall- arbeiter am 20. August die Kündigung ein. Am Tage vor Ablauf der Kündigungsfrist fand nochmals eine kurze Ver- handlung zwischen Herrn Gutenberg und den beiden Be- zirksleitern statt mit dem Resultat, daß sämtlichen Arbeitern eine Lohnzulage von 3-12 Pfg. pro Stunde zugebilligt wurde; auch die Abstellung einiger Mißstände in sichere Aussicht gestellt. Mit diesen Zugeständnissen gaben sich die Arbeiter zufrieden und zogen die schon eingereichte Kün- digung wieder zurück. Durch beiderseitiges Entgegenkom- men wurde ein beide Teile schädigender Streik vermieden.

Lobend anzuerkennen ist das einmütige Zusammen- halten der Kollegen. Hoffentlich ziehen nun auch die in anderen Betrieben arbeitenden Kollegen aus diesem Bei- spiel die richtige Konsequenz und schließen sich der Organi- sation an. Alle Eigenbröckerei führt zu nichts. Erreichen können die Arbeiter nur etwas durch die Macht der Organi- sation.

### Berichtigung.

In dem Bericht aus Grüne in der letzten Nr. muß es heißen: Für die Arbeiten von 8-18 mm wurde der Preis um 1/3 Pfg. pro kg erhöht. In der elektrischen Abteilung werden 5-25 Pfg. pro 30 Meter mehr bezahlt und die Prüfung und Abänderung der Wünsche in sanitärer Hinsicht wurde zugesagt.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugug fort.

Osabrück. In der Gasuhrenfabrik Kromschöder stehen die Arbeiter im Ausstand.

Düsseldorf. Bei der Firma Wöste & Comp. (Zittingswerk) sind sämtliche Schmiede und Zuschläger in den Ausstand getreten.

Ahlen. In den Westfälischen Stanz- u. Emailier- werken Differenzen wegen Maßregelung.

Bei der Firma Gebr. Seiler (Stanz- u. Emailier- werke) stehen die Stanzler und Schlosser in einer Lohn- bewegung.

Hannover-Linden. Die Bauischlosser stehen im Streik.

Hamburg. Die Arbeiter der elektrischen Industrie stehen im Streik.

Lampertheim. Die Arbeiter der Süddeutschen Drahtindustrie Waldhof stehen in einer Lohnbewegung.

Ruppichterode (Brühlthal). Bei der Firma Gebr. Willach, Möbelschloß- und -beschlägefabrik, sind die organisierten Arbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt.

Friedenthal (Siegkreis). Bei der Firma Linden & Comp., Abteilung Solingen, sind sämtliche orga- nisierten Kollegen ausgesperrt.

Porz (am Rhein). Ueber die Adelenhütte ist die Sperre verhängt.

München. Sämtliche organisierte Gürtler, Metall- drücker, und Schleifer sind ausgesperrt.

Oberstein. Hier sind sämtliche Edelmetallarbeits- ausgesperrt.

Falkau. Die Arbeiter der Draht- u. Schrauben- fabrik Falkau stehen in einer Bewegung.

Lünen. Bei der Firma Gottfr. Quittmann stehen die Kollegen in einer Lohnbewegung. Klempner, Schlosser usw. fernhalten.

Schw.-Gmünd. Die Firma Joh. Herzer ist bis auf weiteres für Ringarbeiter und verwandte Berufs- gesperrt.

Zuzug ist fernzuhalten.

### Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. September der neununddreißigste Wochen- Beitrag für die Zeit vom 22. bis 20. September 1907 fällig.

Die Ortsgruppen Radolfzell, Obllitz und Eppstein (Pfalz) erhalten hiermit die Genehmigung zur Er- hebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtzahlung hat die Entziehung statutar- licher Rechte zur Folge.

Der Zeitungsendung an die Ortsgruppen liegen Abrechnungsformulare zur Abrechnung vom dritten Quartal 1907 und die Zählkarte für die Arbeitslosenstatistik vom Kaiserl. Statistischen Amt bei. Abrechnung und Zählkarte sind sofort dem Kassierer der Ortsgruppe zu übergeben. Auf der Arbeitslosenzählkarte hat der Kassierer der Ortsgruppe die Mitgliederzahl anzugeben, die Zahl der Arbeitslosen, (nicht der Kranken) und derjenigen, die sich als auf der Reise befindlich am Ort gemeldet haben. Ebenso ist die Zahl der Arbeitslosentage und die ausgezahlte Arbeitslosen- und Reiseunterstützung anzugeben. Die Karte darf nicht früher und auch nicht später als in der Zeit vom 1. bis 4. Oktober eingesandt werden. Jede Ortsgruppe muß ihre Ehre darin sehen, die Zählkarte richtig auszufüllen und pünktlich einzusenden. Wo aus Versehen die Formulare und Karte nicht dem Zeitungspaket beiliegen sollte, ist dies sofort an die Zentrale zu melden.

### Aus dem Verbandsgebiet.

**Duisburg.** In Ermangelung sachlicher Beweggründe verlegen sich die Hirsch-Dunderfischen „Müchwartler“ jetzt auf gehässig persönliche Anreißungen, die sie auch noch gewaltsam an den Haaren herbeiziehen müssen. In Nr. 37 des „Regulator“ befindet sich neben anderen Gehässigkeiten gegen christliche Arbeiterführer auch die Behauptung, ein hiesiger Beamter des christlichen Metallarbeiterverbandes habe in seinem früheren Arbeitsverhältnis als Former „ohne eine Miene zu verziehen Streifarbeit verrichtet.“ Ist es schon an sich eine Gehässigkeit sondergleichen, Jahrzehnte zurückzugreifen, um einen Gegner persönlich anzuzerpeln, so ist die vorstehende Behauptung aber auch noch dazu eine gemeine Lüge und niederträchtige Verleumdung. Wir fordern den „Regulator“ auf, mit Namen und Tatsachen herauszurücken; ebenso auch bezüglich des christlichen Vertrauensmannes, der andersorganisierte Arbeiter denunziert haben soll. Solange der „Regulator“ resp. dessen Zuträger den Beweis für ihre Behauptungen nicht erbringen, müssen wir sie öffentlich der Lüge und Verleumdung beschuldigen. Also „heraus mit Eurem Fleberwisch.“

**Nachen.** Von Hirsch-Dunderfischer Seite, woron natürlich der „Regulator“ (Nr. 37) wird gegen unser Bezirksleiter Kollege Wolfs-Nachen gegenwärtig ein schmutziger Verleumdungsfeldzug betrieben. Wegen die Verleumder hat Kollege Wolfs schon in einem Flugblatt u. a. folgendes der Öffentlichkeit unterbreitet:

Am 23. August fand eine Beleidigungsklage Wolfs gegen Sturm am Schöffengericht Nachen zur Verhandlung. Der Lederarbeiter Wilhelm Sturm aus Würselen hatte in einer Wirtschaft in Würselen erzählt, ich hätte 1700 Mark unterschlagen. Ich erhob daher Klage gegen Sturm. Es stellte sich heraus, ehe die Sache zur Verhandlung kam, was auch von meinem Zeugen bestätigt wurde, daß der behauptete Sturm geäußert hätte, der Schlosser Franz Hoch (Gut Wiezentel, Jülicherstraße) habe obige Verleumdung geübt. Ich hatte daraufhin keinen Grund, die Angelegenheit gegen Sturm weiterzuführen, sondern es war mir hauptsächlich darum zu tun, Zeugen zu bekommen, was mir bisher nicht möglich gewesen war. Auf den Vorschlag meines Rechtsanwalts kam ein Vergleich zustande folgendes Wortlautes:

In der Privatklage Wolfs gegen Sturm schlossen die Parteien folgenden Vergleich:

Der Privatbeteiligte Sturm erklärt, er habe nicht behauptet, daß Wolfs die 1700 Mark unterschlagen habe, sondern nur dem Zeugen Schirp erzählt, Hoch habe in einer Versammlung diese Behauptung aufgestellt; ferner erklärte Privatbeteiligter, er könne nicht behaupten, daß es wahr sei, daß Wolfs die 1700 Mark unterschlagen habe. Privatkläger zieht die Klage zurück. Wilhelm Sturm, Heinrich Wolfs.

Trotz dieses Vergleiches kolportiert Sturm weiter, es müsse doch wahr sein, sonst hätte ich die Klage nicht zurückgezogen. Ich sehe mich daher veranlaßt die Aussage des Wilhelm Sturm und des Urhebers des Gerüchtes, des Schlossers Franz Hoch, öffentlich als Lüge und Verleumdung zu erklären, und fordere sie auf, den Wahrheitsbeweis für ihre Behauptungen anzutreten. Beide sind Mitglieder der Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine, und es werden die Mitglieder derselben, welche etwa von Schadenfreude erfüllt waren, jetzt auch darauf drängen, daß Hoch und Sturm den Wahrheitsbeweis vorbringen. Dieses kann ich doch wohl von jedem ehrlich denkenden Arbeiter verlangen.

Sollten Hoch und Sturm der Aufforderung nicht nachkommen, so weiß man, was von der Wahrheitsliebe der beiden zu halten ist.

Hiermit jedoch ist die Angelegenheit für mich noch nicht erledigt, sondern ich habe auf Grund des obigen Vergleiches mit Sturm Klage gegen Hoch eingeleitet.

Der ganzen Geschichte liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Gärtner Johann Hoch, Vater des Schlossers Franz Hoch, hatte vom Spar- und Bauverein ein Terrain mit Vorkaufsrecht an der

Krefelderstraße gemietet. Durch verschiedene Differenzen, welche im Laufe der Zeit entstanden, sah der Vorstand sich veranlaßt, an den Hoch sen. heranzutreten, von dem Terrain Abstand zu nehmen. Dazu erklärte sich Hoch bereit, wenn der Spar- und Bauverein ihm eine Entschädigung von 3200 Mark bezahle. Dazu konnte der Vorstand, dem ich bis heute noch angehöre, sich nicht verstehen, weil die Summe viel zu hoch sei. (Nebenbei gesagt, wären die eingelegten Gelder meistens Arbeitergroßen.) Nach langen Verhandlungen wurde der Vorstand mit Hoch sen. einig, die Angelegenheit nach einem vorher abgeschlossenen Vertrag zu regeln. Um den Vertrag festzusetzen, wählte der Vorstand aus seiner Mitte drei Vorstandsmitglieder, wozu ich nicht gehörte. Nach diesem Vertrage sollte Hoch sowohl als auch der Vorstand je zwei Gutachter ernennen, welche bestimmen sollten, ob Hoch eine Entschädigung bekommen soll oder nicht. Sollten die beiderseitigen Gutachter sich nicht einigen können, dann mußten diese einen Obmann wählen, der sollte dann endgültig entscheiden.

Nach diesem Modus waren der Vorstand und auch Hoch nicht mehr die Parteien, die über die Entschädigungsfrage verhandeln sollten, sondern unparteiische Leute. Die Gutachter traten in Funktion und entschieden die Gutachter Hochs für eine hohe, die Gutachter des Vorstandes für eine niedrige Summe. Dadurch war eine Einigung nicht erzielt und entschied nun der Obmann, daß der Spar- und Bauverein dem Hoch eine Entschädigung von 1500 Mark zu zahlen habe. Diesen Betrag hat Hoch auch in Baar erhalten. Hätte ich mich auf die Seite Hochs geschlagen und schlantweg die 3200 Mark von den Arbeitergroßen bewilligt, dann wäre ich vielleicht heute noch ein guter Freund von Hoch, was ich vorher war.

Hoch hatte 3200 Mark verlangt und erhielt 1500 Mark was eine Differenz von 1700 Mk. ausmacht. Ich habe also keine 1700 Mk. unterschlagen, sondern sie eher den Arbeitern gerettet.

**H. Wolfs.**  
Das ist der wahre Tatbestand, der den Hirsch-D. Verleumdungen zugrunde liegt.

Es muß mehr wie traurig um eine Sache bestellt sein, wenn deren Anhänger in ihrem letzten Verzweiflungskampf zu solch unfähig schmutzigen Mitteln der persönlichen Verleumdungen greifen. Die unterschämtesten Lügen und gemeinsten Verunglimpferungen sind dieser Gesellschaft noch gut genug, um ihrer Befestigung dem Gegner gegenüber Ausdruck zu geben. So persönlich kämpfen sie auch hier schon gegen die Unternehmer. In einer Fabrikversammlung hatten die Hirsch-Dunderfischen folgende Tagesordnung: „Die Stellung des Meisters X... gegen Kunst, Wahrheit und Recht.“ Noch schöner lautete folgende Tagesordnung einer Hirsch-Dunderfischen Versammlung: „Ist Meister W... ein Mann von Bildung oder steht er auf gleicher Stufe eines Ferkeltreibers.“ Einberufer Gewerksverein deutscher Maschinenbau- und Metallarbeiter. Besieht man sich diese Tagesordnung, so erkennt man schon gleich, daß Geistes Kinder die Einberufer sind.

Und trotz alledem geht es weiter unaufhaltsam abwärts, mit der Firma Stefenz, Hartmann u. Co. Auch diese letzten Bruchstücke eines Untergehenden werden den Verfall der Hirsch-Dunderfischen Richtung nicht aufhalten können. Daß es so schnell abwärts geht, haben sie ihrer bodenlosen Unehrlichkeit und weltbekannten „Spießbücherei“ zu verdanken.

### Aufforderung.

Um Angabe der Adresse des Kollegen Bernhard Hirtfert (Goldarbeiter) aus Gresbach (Württemberg) bittet Adolf L i m b a c h, Roblenz-Neuendorf, Pastoralgasse 8.

### Briefkasten.

**Nach Fulda.** Aus diesen Gründen wird der Ausschluß von Mitgliedern nicht öffentlich publiziert. — **Nach Flörsheim.** Unsere Gewerkschaften nennen sich „christlich“, weil wir im Gegensatz zur sozialdemokratischen (materialistischen) Arbeiterbewegung die christliche Weltanschauung als Grundlage unserer Bestrebungen betrachten und „sozial“, weil wir wirtschaftliche Reformarbeit betreiben. Ein langer Artikel über diese Frage dürfte sich erübrigen. — **Nach Siegen.** Vorkünftig wollen wir das Porträt des H.-D. „Ober“ zu den andern in die Mappe legen. Es widerstrebt uns nämlich vorerst noch, dem „Regulator“, der in seiner letzten Nummer nicht weniger wie drei christliche Arbeiterführer in der unfähigsten Weise persönlich mit Schmutz bewirft, in der gleichen Weise beimizuzahlen. Stoff dazu hätten wir übergenug und werden natürlich das Pulver trocken halten. — **Nach Eisen.** Auf das lächerlich konfuse Gejasel der Schm. Ztg. zu antworten, war dem Quatsch zu viel Ehre erwiesen. Dafür muß uns auch der Raum zu haben sein. — Eine Reihe von Berichten mußten wegen Raumangel zurückgestellt werden.

### Sterbetafel.



**Ratingen.** Unser Kollege Josef Blättler starb am 10. Sept. infolge eines Unfalls.

Ehre seinem Andenken!

### Versammlungs-Kalender.

- Kölnen.** Sonntag Morgen 1/2 12 Uhr bei Hoppe außerordentliche Generalversammlung. Erscheinen unbed. erforderlich. Sonntag den 28. d. M. öffentl. Versammlung bei Gretgen. Ref. Kollege Klost, Essen.
- Aplerbeck.** Sonntag, den 29. Sept., abends 6 Uhr Mitgliederversammlung. Lokal: „Zur Krone“.
- Bamberg.** Alle 14 Tage Versammlung. Die nächste am 29. September.
- Böckholt.** Sonntag, 22. Sept., Mitgliederversammlung um punkt 11 1/2 Uhr vormittags bei Franz Junping.
- Böckum.** Mittwoch 25. September öffentliche Schiedsversammlung bei Huppert, Alkestraße.
- Böckum.** Sonntag den 29. September nachm. 3 1/2 Uhr bei Huppert, Mitglieder-Versammlung.
- Barmen.** Die ordentlichen Mitglieder-Versammlungen finden jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, morgens 11 bei Dapper, Döberbüren 69, statt.
- Dellwig.** Sonntag, 22. Sept., vormittags 11 Uhr bei Fohmann.
- Dortmund.** (Bezirk „Union“). Sonntag, den 22. September vorm. 11 Uhr bei Bog Mitglieder-Versammlung.
- Dortmund.** (Sektion der Formier- und Gießereiarbeiter) Mittwoch, den 25. Sept., abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Dortmund.** (Zahlstelle). Samstag, den 28. September abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus.
- Dortmund.** (Kleingewerbe.) Montag, 7. Oktober, abends 9 Uhr im Gewerkschaftshaus Versammlung. Vortrag des Vorsitzenden der Handwerkskammer.
- Dortmund.** (Bezirk „Höfch“). Sonntag, den 6. Oktober vorm. 11 Uhr Versammlung bei Ahlke, Osterholtsstraße.
- Durlach.** Sonntag, den 22. Sept., nachm. 3 Uhr Versammlung im Bahnhof. Referent Kollege Schürer, Nachen.
- Duisburg I.** Samstag, den 21. September abends 9 Uhr bei Koppenburg, Wanheimstr. Versammlung mit Vortrag. Wegen Ergänzung des Vorstandes ist es Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen.
- Duisburg-Bliersheim.** Sonntag nachmittag 4 Uhr Versammlung bei Kipper an der Rheinbrücke.
- Essen (Stadt).** Sonntag, den 22. Sept., vorm. 11 Uhr Versammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.
- Essen-Kray.** Samstag, den 21. Sept. Familienabend bei Gantenberg.
- Essen-Altendorf.** Sonntag, 22. Sept., morgens 11 Uhr bei Odenburg, früher Wink. Altendorferstraße.
- Essen-Vorbeck-Schönebeck.** Sonntag, 22. Sept., morgens 11 Uhr bei Hausmann, Essenerstraße.
- Emmerich.** Sonntag, 22. Sept., vorm. 11 1/2 Uhr bei Bangardt. Keiner fehle.
- Essen-Frohhausen u. Solterhausen.** Gemeinamte Ausflug nach Breideneyer Krone.
- Förde.** Sonntag, 22. September, vorm. 11 Uhr, Monatsversammlung im Saale des Gastwirts Witt. Klaus in Fimmentropfen. Erscheinen verpflichtend. Unorganisierte mitbringen.
- Gelsenkirchen-Bulke.** Samstag, den 21. Sept., abends 8 Uhr Versammlung mit wichtigem Vortrag bei Reichede.
- Glödebeck.** Samstag, 21. Sept., abends 7 Uhr im christl. Gewerkschaftshaus, Peter Horpohl.
- Herne.** Samstag, den 21. Sept., abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Steinberg.
- Herborn (Hessen-Rassau).** Sonntag den 22. Sept. nachm. 2 Uhr Konferenz der sämtlichen Vorstandsmitglieder und Vertreter ausläute der Filialkreise-Ortsgruppen. Daran anschließend 4 Uhr nachmittags öffentliche Formerverammlung, der Potteriegießerei im Filialkreis; Konferenz, wie auch die Versammlung, finden im Lokal des Herrn Catterey statt.
- Homburg-Barsp.** Sonntag, den 29. September, abends 5 Uhr Versammlung bei Wwe. Schmittler.
- Hörde.** Am 6. Oktober, vormittags 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Sawig.
- Lünen.** Samstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Wöllmann.
- München.** Samstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung mit Referat des Kollegen Rauch. Vollständig Erscheinen erwünscht. Lokal: Goldener Rufe, Schillerstr.
- Remmigen.** Sonntag den 22. Septbr. im Gasthaus u. Hirsch gemeinschaftliche Versammlung mit den kath. Arbeitern einen von Remmigen und Weissenstein.
- Olberg.** Am 22. September, vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung bei B. Kropf.
- Siegburg.** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat morgens 10 Uhr im Minoriten Versammlung.
- Schwerin.** Am 22. Sept., 11 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Köster.
- Witten.** Sonntag, den 22. Sept., abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung bei Niedels.

**Riepenferl-Tabake sind allen voraus!**  
 1/2 Pfd.-Pakete a 20 Pfg. bis 1 Mark.  
 Überall käuflich!  
 Alleinige Fabrikanten:  
**Oldenkott-Rees.**